

Wöchentlich 80 Bl., monatlich 2,60 M.
Im voraus zahlbar, Postbezugs 4,32 M.
einjährig 60 M., halbjährig 30 M.,
72 Bl. Beilagen. Ausland: Abonnement 6.— M. pro Monat; für
Länder mit ermäßigtem Postzuschlag
siehe S. 1.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Vorbote“. Beilagen: „Sport“, „Wissens-
blätter“, „Kunst“, „Fotografie“, „Musik“,
„Theater“, „Hilf in die Not“, „Jugend-
Vorwärts“, „Stadtblatt“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Komposition des 80 Bl.
Beilageblattes 2.— M. „Kleine An-
zeigen“ das letzte gedruckte Wort 25 Bl.
(zuzüglich zwei letzte gedruckte Worte), jedes
weitere Wort 12 Bl. Rabatt 10. Zahl.
Stellungsgebühr das erste Wort 10 Bl.,
jedes weitere Wort 10 Bl. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Seite 60 Bl. Familien-
anzeigen Seite 40 Bl. Anzeigenmacher
im Hauptgeschäft sind seit 1. 3. wochent-
lich von 9. bis 12 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Abkürzung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disk.-Ges., Depositentk., Jerusalemstr. 65/66.

Devaheim-Anfrage im Landtag.

Für den Schutz der geschädigten 20 000 Bausparer.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag die folgende Große Anfrage eingebracht:

Der Zusammenbruch der wirtschaftlichen Einrichtungen der Inneren Mission und der evangelischen Kirche hat große Verluste mit sich gebracht. Es kann als feststehend gelten, daß große Beträge aus Mitteln des Reichs und des Staates in der unverantwortlichsten Weise verwirkt und vergeudet worden sind. Darüber hinaus sind tausende kleiner Sparer, die ihre mühsam zurückgelegten Groschen auf den evangelischen Bausparfassen anlegten, nicht nur um ihre Hoffnung auf eine Wohnung betrogen, sondern höchstwahrscheinlich auch restlos um ihr Geld gebracht. Dieser großen Gefahr sind über 20 000 Bausparer ausgeführt. Der Zusammenbruch ist auf unzulässige Spekulationsgeschäfte, leichtfertige Verwendung der Mittel und persönliche Mißwirtschaft auch bei der Hilfskasse zurückzuführen. Verantwortlich für den angerichteten Schaden ist nicht nur der Zentralausschuß der Inneren Mission der evangelischen Kirche, sondern sind auch die evangelischen kirchlichen Spitzenbehörden, das Kirchenbundesamt, die Synode und der Ober-

kirchenrat. Eine Anzahl der für die Mißwirtschaft verantwortlichen Personen sind nicht nur in mehreren der erwähnten Körperschaften, sondern einige in allen als Mitarbeiter tätig gewesen. Es kann daher wohl als selbstverständlich angesehen werden, daß die evangelische Kirche mit ihrem Vermögen die gefährdeten Spargroschen der Bausparer sicherstellt nach dem Rechtsgrundsatz: wer Schaden hat, muß Schaden bessern.

Wir fragen: Ist das Staatsministerium bereit,

1. die evangelischen Kirchenbehörden anzuhalten, durch Bereitstellung von Vermögensteilen der evangelischen Kirche jeden Verlust von den Bausparern fernzuhalten?
2. Vorkehrungen zu treffen für eine ordnungsmäßige zweckentsprechende Verwendung der den Organisationen für Wohlfahrtszwecke zur Verfügung gestellten Mittel?
3. auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die vom Reichstag beschlossene Staatsaufsicht über die Bausparfassen unverzüglich und gründlich durchgeführt wird?

Volksurteil über Naziverleumdung

Genosse Dittmann rechnet mit den Verleumdern ab / Niederlage der Hafenkreuzler

Nachdem vor dem Reiningen Schöffengericht die von dem Nazistudenten Hille in Hildburghausen dem „Völkischen Beobachter“ nachgeplapperte Verleumdung gegen die Genossen Crispian und Dittmann, daß sie im Kriege mit dem französischen Offizierspion Desgranges konspiriert hätten, elend zusammengebrochen ist, gestaltete sich eine Versammlungstour, die Genosse Dittmann in dem Gebiet von Eisenach über Reiningen bis Hildburghausen abhielt, zu einem wahren Volksurteil über die Naziverleumdung. Überall, wo Genosse Dittmann unter stürmischer Zustimmung sprach, waren die Säle total überfüllt und auch zahlreich von Bürgerlichen besucht, so in Eisenach 1500 Besucher, in Reiningen 1500, in Schweina 600, in Wafungen 500 und in Hildburghausen 800.

Die imposanteste der Versammlungen war die in Hildburghausen, dem Wohnort des Nazistudenten Hille, der zur Versammlung eingeladen und auch erschienen war.

Außer den 800 Besuchern, die den polizeilich abgesperrten Saal füllten, standen noch 600 Personen vor dem Lokal, die keinen Einlaß fanden. In dem 6500 Einwohner zählenden Ort war die Versammlung eine nie dagewesene Situation.

Genosse Dittmann nahm die Kapitulation Hilles vor dem Reiningen Schöffengericht zum Anlaß, in einer zweistündigen Rede gründliche Abrechnung zu halten mit den Lügen über

Dolchstoß, Kriegsschuld, Matrosenmeuterei, Munitionsarbeiterstreit und Revolution. Er schloß mit einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über Kapitalismus und Sozialismus und erntete den stürmischen Beifall der überfüllten Versammlung.

Der Nazimann Hille, dem 30 Minuten Redezeit bewilligt wurde, die er um zehn Minuten überschritt, spielte eine geradezu klägliche Rolle. Er ging mit keiner Silbe auf seine Blamage vor dem Reiningen Schöffengericht ein und plapperte unter dem Kopfschütteln und Erstaunen der zahlreich anwesenden bürgerlichen Kreise lediglich die schon im Referat des Genossen Dittmann widerlegten Lügen wieder herunter.

Vor dem Schlußwort des Genossen Dittmann verließ Herr Hille mit zirka fünfzig seiner Getreuen lärmend den Saal und versuchte, die Versammlung zu sprengen, was ihm aber dank der Disziplin unserer Genossen und der imponierenden Stärke des Reichsbanners kläglich mißlang, so daß Genosse Dittmann sein Schlußwort ungestört halten konnte.

Bei dieser Versammlungstour war es wegen ihres besonderen Anlasses möglich, zahlreiche Leute aus bürgerlichen Kreisen in die Versammlung zu bringen.

So wurde die Tour zu einer vorzüglichen Werbekatze für die Partei und den Sozialismus. Die Verleumdungsaktion der Nazis erwies sich als ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

der ersten Sitzung des Europa-Ausschusses, der morgen zu seiner vierten Tagung zusammentritt, Erklärungen über das Zollunionsprojekt abgeben. Das Gutachten des Haager Gerichtshofes wird Sonnabend in öffentlicher Sitzung des Haager Gerichtshofes bekanntgegeben und am Freitagabend in mehreren hundert Exemplaren mit Flugzeug nach Genf übersandt werden.

Terminkalender des Rückzuges.

Heute Verzichtserklärungen auf die Durchführung der Zollunion.

Curtius und Schöber werden die angekündigten Erklärungen zur Zollunion im Europa-Ausschuß am heutigen Donnerstag abgeben. Der Wortlaut ist den Großmächten gestern abend bereits mitgeteilt worden. Oesterreichs Besuch um Finanzhilfe wird daraufhin im Völkerbundsrat am Freitag behandelt werden. Zu dem Gutachten des Haager Gerichtshofes, das am Sonnabend vormittag bekanntgegeben wird und übrigens nur noch platonische Bedeutung besitzt, nimmt der Rat erst am Montag Stellung.

Diktaturregierung im Gefängnis.

Berenguer und die anderen Generale sitzen.

Madrid, 2. September. (Eigenbericht.) Heute nacht ließ der Staatsgerichtshof alle Mitglieder des Militärdirektoriums de Rivas verhaften, unter anderem den bekannten General Friedrich Berenguer und Jordana, sowie Admiral Magaz und Cornejo.

Der 26. September ist endgültig als Datum des französischen Ministerbesuches in Berlin festgesetzt worden.

Millionen für Milika?

Immer noch Fürstenabfindung — trotz tiefster Not.

Beim Oberlandesgericht in Rostock schwebt in zweiter Instanz der Prozeß, den die ehemalige Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz mit ihren Töchtern Milika von Montenegro und Marie zur Lippe gegen das Land Mecklenburg-Strelitz führt. Das Oberlandesgericht hat einen Vergleichsvorschlag unterbreitet, nach dem das Land eine Kapitalabfindung von einer Million Mark und außerdem eine jährliche Rente von 100 000 M. zahlen soll. Das Land hat den Vergleichsvorschlag abgelehnt; das Urteil im Abfindungsprozeß soll am 29. September verkündet werden.

Das Land Mecklenburg-Strelitz hat rund 100 000 Einwohner. An die klagenden Erzfürstinnen sollten nach dem Vergleichsvorschlag pro Kopf eines jeden Einwohners 10 M. als Rente gezahlt werden — was eine fühlbare Zusatzbelastung bedeuten würde. Und das in der Zeit der tiefsten Not, der Massenarbeitslosigkeit, der Lohnsenkung und Gehaltsfözung, der bittersten Finanznot der Länder und Gemeinden, die nicht mehr wissen, woher sie die Mittel zur Erhaltung der Wohlfahrtserwerbslosen nehmen sollen!

Eine derartige Anforderung in dieser Zeit ist im tiefsten Grunde unfittlich.

Die Zollunions-Erklärung fertig.

Wird heute im Europaromitee abgegeben.

Genf, 2. September.

Die Besprechungen über die Behandlung der Zollunionsfrage sind heute nachmittags abgeschlossen worden. Die Außenminister Oesterreichs und Deutschlands werden vermutlich schon in

Die Freidenker-Internationale.

Ein Einigungskongreß in Berlin.

Vom 5. bis 7. September 1931 tagt im ehemaligen Herrenhaus zu Berlin ein Internationaler Freidenkerkongreß, der bereits am Freitagabend durch eine große festlich inszenierte Massentkundgebung in der „Neuen Welt“ eingeleitet wird.

Angemeldet sind Delegierte aus Oesterreich, der Tschechoslowakei, Frankreich, Belgien, Holland, der Schweiz, England, Italien, Polen, Luxemburg u. a. Der Deutsche Freidenker-Verband wird seiner Stärke gemäß mit 65 Delegierten vertreten sein. Hinter allen delegierenden Verbänden steht eine Gesamtmitgliedszahl von 800 000 Freidenkern.

Diese Zahl legt Zeugnis davon ab, daß die Freidenkerbewegung auch im internationalen Maßstabe sich in ständiger Aufwärtsbewegung befindet, und die Tatsache des Zustandekommens dieses Kongresses inmitten verheerender Wirtschaftskrise und politischer Stürme beweist, wie stark in den Reihen der Kulturorganisationen das Bedürfnis nach internationaler Zusammenarbeit und Verständigung vorhanden ist.

Ja, hinter diesem Kongreß steht das Wort Verständigung als Motto für die gesamte Tagung noch in einem anderen konkreteren Sinn, als es in der offiziellen Tagesordnung zum Ausdruck kommt. Es sind zwei internationale Freidenker-Vereinigungen, die sich hier, einer Einladung des Deutschen Freidenker-Verbandes folgend, zu einer gemeinsamen Tagung zusammenfinden: die im Jahre 1925 gegründete Internationale proletarischer Freidenker, mit deren Namen mißbräuchlicherweise die Kommunisten im letzten Jahre sehr viel Unfug getrieben haben, und die seit Jahrzehnten bestehende Föderation Internationale des Sociétés de Libre-Pensée, die in Brüssel ihren Sitz hat.

Als die durch den Weltkrieg unterbrochene internationale Zusammenarbeit der Freidenker wieder aufgenommen werden sollte, als die veränderten Verhältnisse neue prinzipielle und taktische Probleme aufzeigten, führte die Debatte über eine neue Methodik und eine neue Zielsetzung des Kampfes gegen die Kirche nicht zu einer Einigung, sondern zu einer Spaltung der Internationale und mit ihr zur Gründung der „Internationalen proletarischer Freidenker“.

In den Ländern Westeuropas war die Freidenkerbewegung fast ausschließlich aus losen Vereinigungen intellektueller Schichten aufgebaut, in den Ländern Mitteleuropas war sie inzwischen zu mächtvollen zentralistisch proletarischen Organisationen angewachsen. Dort galt noch die Lösung von der politisch neutralen, die individuelle Freiheit proklamierende Freidenkerbewegung, hier prägte man die Lösung Kulturkampf ist Klassenkampf und stellte das positive Bekenntnis zur sozialistischen Idee und den Willen zur sozialistischen Zielsetzung in den Vordergrund.

Dieselben Auseinandersetzungen um die zukünftige Gestaltung der modernen Freidenkerbewegung sind bereits vor dem in Deutschland zwischen den verschiedenen Freidenkerverbänden nicht minder lebhaft geführt worden. Sie brachten die Erkenntnis, daß die Entscheidung über derartige Fragen nicht in theoretischen Diskussionen fallen kann, sondern nur möglich ist im Rahmen praktischer Tagesarbeit. Als die vier größten Freidenkerverbände Deutschlands sich zu einer heute noch bestehenden Reichsarbeitsgemeinschaft zusammenschlossen, zeigte sich sehr bald, daß die so geschaffene Gemeinsamkeit der Arbeit viel schneller die innere Annäherung brachte als alle theoretischen Diskussionen.

So war es ganz natürlich, daß von Deutschland aus die Versuche ausgingen, diesen selben Weg mit dem Ziel einer späteren völligen Einheit auch im internationalen Maßstabe zu beschreiten. Von beiden Seiten, von Brüssel und von Berlin aus, wurde am Brückenbau gearbeitet, der fest fundiert werden konnte durch die Tatsache, daß auch in westeuropäischen Freidenkerorganisationen die sozialistischen Tendenzen immer stärker durchdrangen. Der sichtbare Erfolg aller dieser Bemühungen findet seine Verkörperung in dem vor uns stehenden gemeinsamen Kongreß.

In ohnmächtiger But begeistern die Kommunisten die bevorstehende Tagung. Es wird niemand von diesem Geflässe sonderlich Notiz nehmen. Auch das Geschrei, daß bürgerliche Politik auf dem Kongreß betrieben werden soll, wird keinen Eindruck machen. Auf diesem Kongreß sitzt niemand, der in den Verdacht steht, mit Hitler und Hugenberg gemeinsame Sache zu machen, niemand, der Sympathien für reaktionäre Bombenleger und Fememörder bekundet.

Aufbauende, vorwärts schauende positive Kulturpolitik zu treiben, ist der Zweck der Tagung. Es soll Stellung genommen werden zu den Fragen, die heute in dem einen oder

dem anderen Lande die Freidenker am stärksten berühren. Die vier Hauptthesen umfassen die folgenden Themen: „Das Problem der Jugendziehung“, „Die Kolonialpolitik der Kirche“, „Rassismus und Faschismus“ und „Wissenschaft, Technik und Metaphysik“.

Keine Einigungsanfrage ist in die Welt hinausposaunt worden. Kein Tagesordnungspunkt, keine Ankündigung benutzt das Wort Verschmelzung. Aber jeder Delegierte weiß, daß es um die Verständigung geht, daß diese Verständigung zwischen den heute getrennt herziehenden zwei internationalen Vereinigungen notwendig ist. Jeder Delegierte weiß, daß diese Verständigung freundschaftlich, ehrlich, ohne Ueberrumpelungsmanöver und demagogische Kunstgriffe angestrebt werden muß. Man darf hoffen, daß die gehegten Erwartungen sich erfüllen werden, selbst wenn dieser Kongreß noch nicht den Schlupfakt besiegelt, sondern nur ein Etappenziel erreichen sollte.

So sei von dieser Stelle aus den nach Berlin kommenden Genossen ein herzliches Willkommen dargebracht.

Kinderspeisung und Innere Mission.

Eine Million Mark für Kinderspeisungen verpfändet.

Aus dem Korruptionssumpf der Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtsvereine, an der die Innere Mission ausschlaggebend beteiligt ist, wird ein neuer unerhörter Skandal bekannt:

Der Hilfskasse wurden im Januar 1928 eine runde Million Mark aus Mitteln des preussischen Ministeriums für Landwirtschaft überwiefen. Diese Gelder waren ausschließlich für Zwecke der Kinderspeisung bestimmt und sollten umgehend über die Deutsche Liga der freien Wohlfahrtsvereine an die Provinzialbehörden weitergeleitet werden. Die Leitung der Hilfskasse unter Führung des Pastors Cremer von der Inneren Mission hatte jedoch den traurigen Mut, diese Million, die in dem harten Winter 1927/28 hungernden armen Kindern Hilfe bringen sollte, ihrer Borsenfirma Raumbaum u. Co. für Spekulationszwecke zur Verfügung zu stellen. In wenigen Wochen war auch diese Summe wie andere der Hilfskasse übergebenen Millionenbeträge aus Steuermitteln verpfändet. Die Deutsche Liga der freien Wohlfahrtsvereine sah sich gezwungen, energisch gegen die Hilfskasse vorzugehen, die einen Ueberbrückungskredit der Reichskreditgesellschaft zur Flüssigmachung der Kinderspeisungsmittel aufnahm, der später mit Beträgen der Amerikanerleihe des Caritasverbandes abgelöst wurde. Der Verlust mußte später aus anderen staatlichen Wohlfahrtsgebühren gedeckt werden.

Abrücken von den Verantwortlichen.

Wir erhalten von Herrn Gustav Hülfert, dem Herausgeber der „Täglichen Rundschau“, folgende Berichtigung: „Die in der Notiz „Sparergroschen für nationale Presse.“ Deuheim und „Tägliche Rundschau“ in Nr. 403 (A 208) vom 20. August dieses Jahres Ihrer Zeitung enthaltenen Mitteilungen über „Die in der Notiz „Sparergroschen für nationale Presse.“ Deuheim“ entsprechen nicht den Tatsachen.

1. Es ist unklar, daß neben dem Reichstagsabgeordneten D. Mumm auch der Pastor Kießch aus Breslau dem Ausschussrat der Deuheim angehört.

Wahr ist, daß D. Mumm Ende 1920 aus dem Ausschussrat der Deuheim ausgeschieden ist und Pastor Kießch nie dessen Mitglied war. Er hat lediglich auf Einladung zeitweise an seinen Sitzungen teilgenommen. Beide Herren standen in ausgesprochener Opposition zu der Politik des Herrn Dr. Cremer, worin auch der Grund dafür lag, daß D. Mumm ausgeschieden und Pastor Kießch seit Monaten vor dem Zusammenbruch an den Sitzungen nicht mehr teilnahm.

2. Es ist unklar, daß sich Pastor Kießch einen Betrag von 20 000 Mark für die „Tägliche Rundschau“ geben ließ, der aus den Sparergroschen der „Deuzag“ stammte.

Wahr ist, daß Herr Pastor Kießch und dem Verlag der „Täglichen Rundschau“ vor Annahme eines durch Herrn Pastor Dr. Cremer vermittelten Darlehens mündlich und schriftlich vom Darlehensgeber versichert worden ist, daß es nicht den Sparergroschen der „Deuzag“ oder „Deuzag“ entnommen sei. Die Tilgung des Darlehens sollte auf dem normalen Wege des bekannten Kapitalbildungsvertrages der „Deuzag“ erfolgen.

Dem Ausschussrat der „Deuzag“ haben D. Mumm und Pastor Kießch niemals angehört und nie an seinen Sitzungen teilgenommen.“

Neue Regierungspräsidenten.

Ministerialdirektor Dr. Brand geht nach Sigmaringen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wurde durch Beschluß des preussischen Staatsministeriums der Regierungspräsident Scherer in Sigmaringen in den einstweiligen Ruhestand versetzt und der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, Dr. Brand (der bisherige Personalreferent), zwecks Einsparung einer Ministerialdirektorstelle in diesem Ministerium kommissarisch zum Regierungspräsidenten in Sigmaringen ernannt.

Ebenso wurde im Interesse der Einsparung einer Regierungspräsidentenstelle der Oberpräsident der Provinz Pommern, Dr. von Halfern, gleichzeitig zum Regierungspräsidenten in Stettin ernannt.

Krieg dem Kriege.

Riesenkundgebung der Berliner Arbeiterjugend.

Als gestern bei der überfüllten, von unzähligen jungen Menschen besuchten Kundgebung der Sozialistischen Arbeiterjugend Groß-Berlins in den Kammerföhlen der französische Genosse Marcel Braun mitten aus seinem in seiner Heimatsprache gehaltenen Referat heraus in deutschen Lauten den Appell: „Nie wieder Krieg“ in den Saal schallte, da brach bei unsern jungen Genossen ein Beifall aus, der Minuten währt. Als der englische Genosse Lionel Elvin im Eingang seiner Rede sagte, daß er überzeugt sei, hier in diesem Saale Deutschlands wahre Jugend und Deutschlands Zukunft zu sehen, befeuerte die Kellern unter den Versammlungsteilnehmern die gemißte Zuversicht, daß unser englischer Freund recht hatte. Als dann der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, Genosse Kurt Löwenstein, sagte, daß es für deutsche, englische und französische Arbeiter nur eins als das Höchste und Größte gebe, Genossen, Genossen und nochmals Genossen zu sein, waren alt und jung, und als Beifallssturm vor allem unsere ausländischen Freunde, in einem einzigen Gefühle der Solidarität vereint.

Die Jugend der Berliner Arbeiterschaft hat gestern wieder bewiesen, daß sie fest gewillt ist, in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei zu marschieren!

Die Sparschraube in den Ländern.

Was werden die Ländernotverordnungen bringen?

Die Richtlinien, die der Reichsfinanzminister zur Durchführung der Notverordnung des Reichspräsidenten zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden an die Landesregierungen in einem Rundschreiben versandt hat, enthalten, wie das Nachrichtenbüro des BZ, erzählt, neben der Aufhebung von langfristigen Verträgen mit hochbezahlten Angestellten, über die bereits ausführlich berichtet worden ist, noch eine ganze Reihe von Einzelempfehlungen für Ersparnisse bei Ländern und Gemeinden.

Ersparnisse an den Personalausgaben.

Für die Personalerparnisse empfiehlt der Reichsfinanzminister: Kürzung der Besoldung, Herabsetzung des Hunderttages bei den Pensionen, Wartegeldern und Hinterbliebenenbezügen usw. In erster Linie wird Angleichung an die Reichsbesoldung erstrebt. Dazu gehört auch die Befestigung günstigerer Eingruppierung oder zu günstiger Festsetzung des Besoldungsdienstalters, die Befestigung oder Kürzung von Zulagen oder Nebenbezügen, die im Reich nicht oder nicht in demselben Maß gewährt werden. Die Kürzung kann auch erfolgen durch Verlängerung der Aufstiegsfristen für die Dienstaltersstufen und durch Vermehrung der Dienstaltersstufen trotz gleicher Gehaltsstufe im Anfangs- und Endgehalt. Wo die Besoldung gegenüber früher gleichgestellten Beamtengruppen zu hoch erscheint, wird stärkere Kürzung empfohlen. Weiter sehen die Richtlinien vor Wegfallvermerke bei Beamtenstellen, Umwandlungsvermerke bei Beförderungsstellen, Entlassungen von Arbeitern und Angestellten, Revision der Urlaubbestimmungen insbesondere dort, wo durch Vortretungen erhöhte Aufwendungen entstehen, Herabsetzung oder Streichung von Notstandsbeihilfen, Unterstützungen usw., Unterlassung von Beförderungen, starke Drofflung der Dienststellen und Zurückhaltung bei der Ausgabe von Mitteln für Ausbildung und Fortbildung der Beamten. Um Mieten zu ersparen, sollen die Verwaltungsgebäude stärker ausgenutzt werden.

Sonstige Ersparnisse.

Ferner schlagen die Richtlinien vor, daß Bauten unterlassen werden, wenn die Mittel für die Wohlfahrtsvereine nicht voll vorhanden sind. Wenn nötig, soll überhaupt von dem Bau von Verwaltungsgebäuden und Schulen abgesehen werden. In diesem Sinne soll auch auf die der Landesaufsicht unterstehenden Körperschaften eingewirkt werden. Auch hält es der Reichsfinanzminister für angezeigt, den Neubau von Hotels, Gaststätten, Pensionen, Theatern, Kinos und ähnlichen Dingen mit hohen Verwaltungsgebühren oder sonstigen Lizenzgebühren zu belasten.

Für das Unterrichtswesen wird die Erhöhung der Klassenfrequenz und der Pflichtstundenzahl, die Einengung der Frei-

stellen durch stärkere Begabenauslese, die Einschränkung der Ausgaben für Stipendien usw. empfohlen.

Wegen einer Justizreform will sich der Reichsfinanzminister mit dem Reichsjustizminister in Verbindung setzen. Er rät aber jetzt schon den Ländern eine Herabsetzung der Rotariatsgebühren an, um dadurch Ersparnisse für die öffentliche Hand und für die Wirtschaft zu erwirken.

Kurzfristige Kredite und Fürsorgelasten.

Wegen der Ersparnisse an den Fürsorgelasten verweist der Reichsfinanzminister auf die Richtlinien des Städtetages. Im übrigen empfiehlt er den Ländern und Gemeinden Abschlagszahlungen auf ihre kurzfristigen Kredite. Nur in sehr vorzüglicher Form stellt er eine Umschuldungsaktion in Aussicht. Länder und Gemeinden müßten selbst Schuldentilgungspläne aufstellen, die die Abdeckung aus laufenden Mitteln in den nächsten Jahren gewährleisten.

Zur Wohlfahrtsvereinslosensfürsorge heißt es dann in dem Rundschreiben zum Schluß: Bei der Lage des Reichs werde ich außerstande sein, den Ländern und Gemeinden außer etwa in Fällen einer Umschuldungsaktion oder eines Sonderzuschusses zu den Kosten der Wohlfahrtsvereinslosensfürsorge eine finanzielle Hilfe zu leisten. Ich muß aber schon jetzt darauf hinweisen, daß ich auch auf dem Gebiete der Wohlfahrtslasten nur dort unterstützend eingreifen werde, wo sowohl im Lande als auch in der betreffenden Gemeinde alles zum Staatsausgleich Erforderliche getan worden ist.

Preußens Sparmaßnahmen.

Notverordnung in einigen Tagen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das preussische Staatsministerium die am 1. September begonnene Beratung am Nachmittag des 2. September fortgesetzt. Die Sitzung dauerte bis in die Abendstunden.

Nachdem in der Dienststagsitzung die Sparmöglichkeiten im Rahmen der staatlichen Besoldungsordnung erörtert worden waren, sind in der Mittwochsitzung die Sparmaßnahmen auf dem Gebiet der Fürsorgeerziehung, der Rechtspflege sowie bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden durchgeführt worden. Die zu erlassende Notverordnung bedarf noch der abschließenden redaktionellen Fassung, so daß erst in einigen Tagen mit der Veröffentlichung zu rechnen ist.

Arbeiterwohlfahrt und Winterhilfe.

Ein Schreiben an die „Liga der freien Wohlfahrtsvereine“.

Das Wollische Telegraphenbüro verbreitet in diesen Tagen die Mitteilung, nach welcher „auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsministeriums des Innern am Freitag, dem 28. August, in Gegenwart des Herrn Reichsministers des Innern, Dr. Wirth, eine Besprechung über die diesjährige Winterhilfe der in der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtsvereine zusammengeschlossenen Reichsspitzenverbände stattgefunden hat“.

Der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt hat Veranlassung genommen, beiden Reichsministerien gegenüber sein Bestreben darüber zum Ausdruck zu bringen, daß der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt als eine vom Herrn Reichsarbeitsminister anerkannte Reichsspitzenorganisation der freien Wohlfahrtsvereine zu dieser Besprechung nicht hinzugezogen wurde. Der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt bedauert, daß gerade die Wohlfahrtsorganisation, die die Bevölkerungsschicht vertritt, an die sich die Hilfsmassnahmen wenden, in ihrer Auffassung zu dieser Frage nicht gehört worden ist. Der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt hat seit jeher die Forderung vertreten, daß, wenn Sammlungen und Hilfsaktionen durchgeführt werden, sie unter Führung und Beteiligung der öffentlichen Fürsorge zu erfolgen haben. Er hat seiner Auffassung in einem Schreiben an die Deutsche Liga der freien Wohlfahrtsvereine Ausdruck gegeben, das nachstehend veröffentlicht wird:

„An die Deutsche Liga der freien Wohlfahrtsvereine: Wir nehmen Bezug auf die telephonische Anfrage, die Herr Regierungsrat Grüneisen im Auftrage der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtsvereine an uns richtete, und erlauben uns, unsere Stellung zur Frage einer gemeinsamen Hilfsaktion der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtsvereine wie folgt darzulegen:

Die zu erwartende Not dieses Winters macht ergänzende Hilfsmassnahmen in breitem Rahmen notwendig. Die Kommunen sind fast am Ende ihrer Leistungsfähigkeit, nachdem sie in den letzten schweren Jahren den weitaus überwiegenden Anteil an der Hilfe für Millionen Opfer der Krise tragen mußten. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir auch in diesem Jahre mit demselben Nachdruck fordern, daß alle Hilfsaktionen nur im Zusammengehen von öffentlicher und freier Wohlfahrtsvereine durchgeführt werden. Diese Forderung ergänzen wir weiter dahin, daß die Erträge aus diesen Hilfsaktionen im Rahmen der öffentlichen Fürsorge zur Verteilung gelangen sollen. Das liegt nicht nur im Interesse einer rationellen Verwendung, es trägt auch dazu bei, daß die kommunale Wohlfahrtsvereine eine wenn auch nur bescheidene Unterstützung erfahren.“

Wir nehmen als Spitzenverband der freien Wohlfahrtsvereine Stellung gegen eine Winterhilfsaktion die allein von der freien Wohlfahrtsvereine durchgeführt wird. Wir glauben außerdem, daß die Vorgänge bei der „Inneren Mission“ in breiten Kreisen der Bevölkerung die Voraussetzungen für eine erfolgreiche „Winterhilfsaktion der freien Wohlfahrtsvereine“ zerstört haben. Wir sind bereit, in einer Winterhilfsaktion mitzuarbeiten, wenn der öffentlichen Fürsorge dabei die Stellung eingeräumt wird, die wir vortehend dargelegt haben.

Abdruck dieses Briefes werden wir an den Herrn Reichsarbeitsminister und den Herrn Reichsminister des Innern senden und ihn auch in der Tagespresse veröffentlichen.“

Abbau der Militärdiktatur in Belgrad?

Belgrad, 2. September.

Der König hat heute nachmittag einen Erlaß unterzeichnet, nach dem Kolt Timotijewitsch, Iwan Palaschek, Andra Tanitsch, Iwan Butschsch, Pawle Matitsch und Hasan Degomitsch zu Mi-

nistern ohne Amisbereich (bei uns sagt man „ohne Portefeuille“. Red.) ernannt werden. Der südslawische Gesandte in Prag, Kramer, wurde zum Minister für die öffentlichen Arbeiten, Kojic wurde zum Justizminister ernannt. Alle neuen Minister haben den Eid abgelegt.

Die Änderungen im Ministerium sind die erste Etappe auf dem Wege zu dem angekündigten neuen Regime.

Papst-Mussolini-Friede.

Die katholische Aktion eingeschränkt.

Rom, 2. September. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen zwischen der italienischen Regierung und dem Vatikan wegen der katholischen Aktion und der aufgelösten katholischen Jugendverbände haben zu einem neuen Abkommen geführt, das am Mittwoch im „Osservatore Romano“ und in der italienischen Presse veröffentlicht wird. Danach hat sich die katholische Aktion jeder politischen Betätigung zu enthalten und sich unter direkter Leitung der Bischöfe auf religiöse und seelsorgliche Fragen zu beschränken. Leiter der katholischen Aktionen dürfen künftig nicht mehr solche Personen sein, die antisozialistische Parteien angehört haben. Die Verbände der katholischen Aktion haben in Zukunft die nationale Fahne zu führen. Die katholischen Jugendverbände werden wieder erlaubt. Sie haben sich jeder sportlichen Betätigung zu enthalten und sich ausschließlich im erzieherischen Sinne zu betätigen, immer im Hinblick auf die religiösen Ziele. Eine der wichtigsten Bestimmungen des neuen Abkommens ist die, womit der katholischen Aktion jede gewerkschaftliche Betätigung in Zukunft untersagt wird. Irgendwelche Berufsfragen unterliegen nicht mehr ihrer Kompetenz, vielmehr haben sie hier mit den sozialistischen Organen zusammenzuarbeiten, mit dem Ziel eines Ausgleichs der sozialen Gegensätze.

Unterhaus nächste Woche.

Sanierungsplan fertig.— Macdonald legt Mandat nicht nieder

London, 2. September. (Eigenbericht.)

Das Kabinett hat seinen Plan zur Sanierung des Budgets fertiggestellt. Es bleibt noch die Arbeit, ihn in Gesetzesform zu bringen, was von einem besonderen Ausschuss vorgenommen wird und in einer Woche geschehen kann. Das Parlament ist angesichts dieses unerwartet schnellen Fortschritts auf nächsten Dienstag einberufen worden.

Ministerpräsident Macdonald hat dem Parteivorstand seines Wahlkreises auf dessen Aufforderung, sein Mandat niederzulegen, geantwortet, daß er zu dieser Aufforderung nicht eher Stellung nehmen könne, bis er die Aufgabe, die er sich gestellt habe, zu Ende geführt hat. Die Niederlegung des Mandats hätte den Minister in eine schwierige Lage gebracht; sie hätte ihn gezwungen, sich einen anderen Wahlkreis zu suchen, wozu er wirklich gegenwärtig keine Zeit hat. Der Parteivorstand seines Wahlkreises kann dem Premierminister natürlich nicht zwingen, sein Mandat niederzulegen.

2 Jahre Gefängnis für Moulin.

Ein reumütiger Angeklagter.

Rom, 2. September. (Eigenbericht.)

Im Prozeß gegen den Professor Moulin und seine italienischen Mitangeklagten wurde am Mittwochnachmittag folgendes Urteil gefällt. Moulin, Albisini und Waffi erhalten je zwei Jahre Gefängnis; Moulin wird außerdem aus Italien ausgewiesen, nachdem er die Strafe verbüßt hat. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. (Den Agenturberichten zufolge hat sich Moulin vor dem Ausnahmegericht als schuldig bekannt und bedauert, daß er sich von dem in Belgien lebenden italienischen Antifaschisten habe mitbringen lassen. Red.)

Rund um die neue Jannowitzbrücke.

Nähert man sich von der Brückenstraße her der Spree, so zeigt einem der riesige, nahezu 40 Meter hohe Brückenkran die Stelle, von wo aus die neue Jannowitzbrücke die beiden Ufer verbinden wird. In einem einzigen Zuge, ohne Zwischenpfeiler, mit einer Länge von 72 Meter wird sie die gerade Verbindung zwischen Brücken- und Alexanderstraße herstellen. Auf ihr werden außer zwei Bürgersteigen von je 5 Meter Breite Platz haben: Zwei Fahrdämme für den Richtungsverkehr von je 8 Meter Breite, und außerdem die Doppelgleise der Straßenbahn. Die Durchfahrthöhe für den Schiffsverkehr beträgt 4 Meter. Den besten Blick auf die ganzen Bauarbeiten hat man von der Waisenbrücke aus. Zur Zeit ist man dabei, die Rüstungsträger und den auf ihnen laufenden, gewaltigen Portalkran für die bevorstehende eigentliche Montagearbeit herzurichten. Dabei ereignete sich bekanntlich vor wenigen Tagen ein schweres Unglück: Ein Arbeiter wurde von einer herabfallenden Eisenplatte getötet, ein anderer schwer verletzt. Wenige Schritte von der neuen Brücke leitet die provisorische Notbrücke den Fußgänger-verkehr von Ufer zu Ufer. Hier geht es immer lebhaft zu, hier gibt es auch immer etwas zu sehen. Fliegende Händler locken die Passanten mit nie dagewesenen Attraktionen. Auf der benachbarten Reederei füllt sich langsam ein blendend weißer Vergnügungsdampfer mit wohlgelaunten Ausflüglern. In dem Eisengestänge des Brückenkrans hängen und klettern mit katzenartiger Geschicklichkeit Montagearbeiter und empfangen in luftiger Höhe die von unten heraufgebrüllten Dispositionen. Ganze Barackensiedlungen haben sich an den Brückenköpfen festgesetzt. Manche von diesen Häuschen sind einstöckig gebaut und man erkennt an der soliden Bauart, daß sie schon jahrelang ihren Zweck erfüllen und daß noch eine geraume Zeit bis zum



So sieht die Jannowitzbrücke im Augenblick aus.

Abbruch vergehen wird. Am gelungensten ist der von Efeu überwucherte Ueberrest des „Restaurants Belvedere“ am rechten Spreeufer, mitten im Baumrinnweg gelegen. Auf Bretterbohlen zwischen genundenen Holzzäunen gelangt man zu diesem würdigen Ueberrest wilhelminischer gotischer Architektur aus den 80er Jahren. Säulchen, Ziergiebel, Fachwerk — wo einst biedere Berliner bei der „Weiße“ saßen, lagert jetzt Zement, und im ersten Stock, der ganz von Efeu umspunnen ist, haben Arbeiter ihre bescheidenen „Frühstückstube“. Schwierige Bauarbeiten wurden auf dieser Seite der Spree geleistet: Die Untergrundbahnstrecke Neukölln-Gesundbrunn wurde gebaut, ohne daß der Verkehr der Stadtbahn unterbrochen werden durfte. Eine Hilfskonstruktion aus Eisen ersetzte die Stadtbahnbögen. Die Hilfskonstruktion selbst macht jetzt wieder den neuen Fundamenten Platz und eine Flotille von Zillen schafft Baumaterial auf dem Wasserweg herbei.

Fabrik in die Luft geflogen.

Schwere Explosion bei Paris. — Zwei Fabrikgebäude zerstört

Paris, 2. September. (Eigenbericht.)

In einer chemischen Fabrik in einem Pariser Vorort hat sich am Mittwochvormittag eine schwere Explosion ereignet. Das ganze Fabrikgebäude fing Feuer und stürzte in sich zusammen. Unter den brennenden Trümmern wurden von der Feuerwehrt die vollkommen zerstückelten Leichen zweier Arbeiterinnen hervorgezogen. 20 Arbeiter wurden schwer verwundet. Durch die Explosion wurde auch eine benachbarte Fahrstuhlfabrik zum Teil zerstört. Auch in diesem Betrieb haben etwa 20 Arbeiter Verletzungen erlitten. Schließlich sind eine Anzahl Wohnhäuser in der Umgebung beschädigt worden und mehrere ihrer Bewohner verletzt worden. Die Gesamtzahl der Verletzten wird am Nachmittag auf etwa 60 beziffert. Die Ursache der Katastrophe ist noch nicht festgestellt. Die Staatsanwaltschaft von Versailles hat sich an die Unglücksstelle begeben und die Untersuchung eingeleitet.

Anschlag auf Kassenboten.

Mißglückter Raubüberfall. — Täter flüchten auf Motorrad.

Im Hause Leibnizstr. 30 in Charlottenburg, in dem sich eine Reichsbankniederstelle befindet, wurde gestern auf den 18jährigen Expedienten Walter Seefeld ein Raubüberfall verübt.

S. hatte von seiner Firma, der Berliner Bierebrjabrik, den Auftrag erhalten, 600 M. Wechselgeld abzuheben. Der junge Mann steckte das Geld, obgleich er eine Aktentasche bei sich hatte, vor sich in die Brusttasche seines Jacketts. Wie wertvoll diese Vorsicht war, sollte wenige Minuten später der Ueberfall beweisen. Als der Expedient den Flur verlassen wollte, drang plötzlich ein etwa 22. bis 23jähriger Bursche auf ihn ein. Der Täter schlug auf Seefeld ein und entriß ihm die Aktentasche, in der er Geld vermittelte. Der Ueberfallene rief laut um Hilfe und machte dadurch Passanten auf den Täter aufmerksam. Der Flüchtende ließ noch ein Stück die Leibnizstraße hinunter und schwang sich auf den Sozius eines Motorrades, dessen Führer in hoher Geschwindigkeit davonrauschte. Die Aktentasche hatte der Haupttäter bereits auf der Flucht aus dem Hause fortgeworfen, als er merkte, daß sie leer war.

Von dem Täter und seinem Komplizen fehlt bisher jede Spur. Nach allem scheint es sich um ein vorbereitetes Verbrechen zu handeln.

Stadtparlament am 7. September.

Anfang September nehmen die Ferien des Berliner Stadtparlaments ihr Ende. Die erste Sitzung nach den Ferien wird am 7. September stattfinden. Die Tagesordnung dürfte aller Voraussicht nach ziemlich umfangreich werden, da sich während der Ferienzeit eine große Anzahl von Vorlagen angehäuft hat. Außerdem werden die in der Zwischenzeit vom Magistrat unter dem Zwange der allgemeinen Not vorgenommenen Sparmaßnahmen Anlaß zu ausführlichen Debatten sein.

Auswahl der Schöffen und Geschworenen.

Vom Bezirksverband der Berliner Sozialdemokratie wird uns geschrieben: Genossinnen und Genossen, die in Straßen mit dem Anfangsbuchstaben S wohnen und gewillt sind, das Amt eines Schöffen oder Geschworenen zu übernehmen, werden gebeten, sich umgehend bei ihrem Kreis- oder Abteilungsleiter zu melden. Ausgeschlossen vom Amt eines Laienrichters sind schwer vorbestrafte, angeklagte oder entmündigte Personen. Ferner sollen nicht berufen werden: Rechtsanwälte, Richter, Abgeordnete, Ärzte und solche Personen, die die öffentliche Wohlfahrt in Anspruch nehmen oder körperliche Gebrechen haben.

Drei Zentner Dynamit gestohlen!

Dicke Ziegelmauer des Pulverhauses aufgebrochen.

Chemnitz, 2. September.

In Hartmannsdorf ist in einem Kalksteinbruch, der der Stadtgemeinde Chemnitz gehört, im Pulverhaus die Hintermauer erbrochen und drei Zentner Sprengstoff und 250 Stück Sprengkapseln gestohlen. Die Wendarmerie stellte Nachforschungen an. Es ist nicht festzustellen, wann der Einbruch verübt worden ist, da die Arbeiter am Montag ausziehen und der Steinbruch über zwei Tage nicht in Betrieb war.

Am Freitag voriger Woche war in dem Steinbruch zum letzten Male gesprengt worden. Der Diebstahl muß also in der Zeit vom Sonnabend bis Montag ausgeführt worden sein. Die etwa 30 Zenti-

meter starke Ziegelmauer des Pulverhauses war von hinten aufgebrochen worden. Anschließend wurde der Diebstahl in der Nacht ausgeführt, da das Pulverhaus rings von Feldern umgeben ist und daher am Tage gesichtet wird. Es wird angenommen, daß es sich um ein politisches Verbrechen handelt.

Offiziere der Do X bei Hoover.

Washington, 2. September.

Die Offiziere des Do. X wurden heute vom deutschen Botschafter empfangen und durch ihn sodann dem Präsidenten Hoover vorgestellt, der sie zum erfolgreichen Flug freundlich begrüßte.

25jähriges Dienstjubiläum. Der Geschäftsführer und langjährige Einkäufer für Textilwaren und Konfektion, Herr Viktor Reich-Lupf, konnte feiern auf eine ununterbrochene 25jährige Tätigkeit in dem Hause B. Feder zurückblicken.

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN VON Felix Scherret.

Ein Gefühl der Erhebung durchdringt sie. Dort im Salon der Trübel gefälligte Gäste, die nach einigen Glas Wein in ausgelassene Stimmung kommen, während ich hier zu meinen Dichtern flüchte.

Neu gestärkt kehrt sie zurück zu den gewöhnlichen Sterblichen. Sie sieht, wie die dicke Aurelie Damme, die endlich Gert Telles erwischt hat, ihren defollierten Busen in greifbare Nähe des jungen Mannes rückt.

„Sagen Sie doch Frau Reli zu mir“, bittet Frau Aurelie und entblößt beim Lächeln ihre goldüberzogenen Schneidezähne. „Meine lieben Freunde nennen mich alle so.“

„Gern, gnädige Frau“, Gert verbeugt sich leicht. Gleich wird sie mich unter irgendeinem Vorwand einladen.

„Haben Sie schon meine Kaktensammlung besichtigt? Rein?! Also die müssen Sie unbedingt kennenlernen. Ist es Ihnen in der nächsten Woche recht? Vielleicht am Mittwoch?“

Späteshalber mühte man mal hingehen. Gert sagt zu. „Lebt aber fort! Wo mag Harry sein? Muß er ausgerechnet mit den Biedermännern quatschen!“

„Mir scheint die Hausse nicht geeuer.“ Erikson beißt seine Zigarre ab. Er tut es immer, obgleich es gar nicht vornehm wirkt. In der Hand balanciert er ein Kognakglas. „Warum steigt plötzlich alles? Aktien und Engrospreise marschieren, als ob sie besessen sind. Nur dein Getreide, James, macht eine Ausnahme. Die Kurse stehen zu den Werten in keinem Verhältnis. Ich bitte Sie, meine Herren, die kleine Betonfabrik da draußen am Bahnhof notiert über 200, und früher waren ihre Kurse höchstens mit der Lupe wahrzunehmen. Wo soll das hinführen?“

„Wir sind eben ein aufblühendes Land“, bemerkt Herr Direktor Marx philosophisch.

„A weh! Trotz der Reparationen und der Arbeitslosigkeit.“ Konful Dammer meckert dazwischen. „Sie haben recht, Erikson, ein sehr merkwürdiger Zustand. Alles abstoßen und bares Geld halten! Gut, Silvester, daß Sie so hochbeinig waren. Wer zuletzt lacht, lacht am besten!“

„Und: wie gewonnen, so zerronnen, da wir uns gerade

mit Sprichwörtern aus Großvaters Hausrat beschäftigen.“ Harry lächelt malitios.

Konful Damme will wütend aufstehen. Was hat sich diese Rohnase in ein Gespräch weißer Männer zu mischen! Aber er muß sich zu seinem größten Schmerz zügeln. Fränze bittet um Aufmerksamkeit. Manfred wird sitzen.

Diese günstige Gelegenheit benutzt Gert, um Harry anzupumpen und zu verschwinden.

Er läuft durch die Strohen. Atemlos kommt er an. Vor dem Hause steht Lili Rosoff.

„Hast du gewartet? Ich bin doch pünktlich? Die alten Tanten beiderlei Geschlechts liehen mich nicht los. Der Teufel soll sie holen! Aber nun komm!“

Beide steigen die Treppe zum zweiten Stock empor. Gert schließt auf.

„Wir gehen in mein Zimmer. Oder wohin du willst. Die regierungsrätliche Mama ist nicht da, die ganze Wohnung steht heute zu deiner Verfügung!“

„Wir gehen zu dir!“

Gert knipst die Lampe auf dem Rauchtischchen in seinem Zimmer an. Mehr Licht erscheint ihm Verschwendung. Er zieht das Smokingjackett und die Weste aus, denn die Zentralheizung verbreitet eine höllische Glut, und dieser Aprilabend ist außergewöhnlich warm.

Lili setzt sich auf die Chaiselongue. „Immer wenn ich bei dir bin, kommt es mir wie ein Traum vor. Entschuldige, das klingt blöde, aber es ist doch so.“

„Gewiß!“ bestätigt Gert und setzt sich zu ihr. Er reißt an ihrer weißen Seidenbluse. „Gib mir endlich deinen Mund.“

Sie küssen sich.

Lili macht sich los. „Es ist mir heut so verdammt unwillig zumut. Und ich hab Appetit auf etwas Wirkliches, vielleicht auf Viktor...! Hast du welchen?“

„Die Frau Mama pflegt ihren Besucherinnen Malaga zu servieren. Wenn dem gnädigen Fräulein damit gedient ist...?“

„Gib schon her! Oder besser, ich komme gleich mit.“

Gert und Lili wandern ins Speisezimmer, wo im linken Büfetttschränken eine angebrochene und eine ganze Flasche Malaga aufbewahrt sind. Lili füllt die Gläser.

„Fein habt Ihr hier!“ Sie lächelt spöttisch und schaut sich in dem düstern Speisezimmer um.

„Das ist meine Welt, das heißt eine Welt...“ zitiert Gert grollend.

„Komm, Gert, wir wollen...“

„Was...?“ Gert umschlingt sie von hinten.

... uns die weiteren Räume dieses gastlichen Hauses ansehen.“

„Also du erblickst hier den Salon der Firma Telles und Sohn.“ Er öffnet eine Schiebetür. „Alles mit der Hand geschneit!“ Er deutet auf die Möbel, deren überreiche Verzierung bei der Aufwartefrau immer einen Wutausbruch verursacht. Auf dem Tisch in der Mitte des Zimmers prangt ein in Leder gebundenes Photographiealbum.

„Die Familie!“ erläutert Gert. „Pikante Aftausnahmen!“

Er zieht das junge Mädchen hinter sich her ins Zimmer nebenan. „Hier schläft die verwitwete Frau Regierungsrat.“ Der Raum, den sie betreten, ist einfach. Ueber dem Bett hängen die Bilder eines Mannes und einer Frau in altmodischer Kleidung.

„Gräßlich! Wie vermodert!“ Lili schüttelt sich.

„Und hier ist der Lokus, pardon, das Badezimmer.“ Er nimmt einen Schwamm aus dem Behälter, läßt kaltes Wasser hineinfließen und drückt ihn über Lilis Kopf aus.

Lili kreischt. Sie läuft zurück ins Speisezimmer.

„Hier nimm dein Glas!“ Gert trinkt den Malaga, der nach Sirup schmeckt und füllt die Gläser von neuem.

Lili läßt sich in dem mit Rissen überladenen Schaukelstuhl nieder. „Nach das Licht aus. Die Laterne von drüben ist schon hell genug.“

Gert schleppt einen kleinen, mit Samt bespannten Hocker heran und stellt Flasche und Gläser neben sich auf die Erde.

„So ist's fein! Erzähl was.“

„Als ob du dazu hergekommen bist...“ protestiert Gert. „Wenn die Frau Mama das wüßt! Das Schändchen mit der Konkubine in den guten Möbeln!“ Lili wippt im Schaukelstuhl hin und her.

„Weißt du, wie sie das nennen würde?“

„Na?“

„Berrucht!“

Lili schüttelt sich vor Lachen.

Gert lehnt den Kopf an ihre Knie. „Dabei meint sie's gut, die brave Dame. Sie sitzt und wartet, daß ich den Doktor mache und mich reich verheirate. Darauf wird sie wohl ihr Leben lang warten müssen... Weißt du, diese ganze Schinderei ist mir so entsetzlich über... Das ständige Schnorren um Taschengeld, verflucht noch mal! Die Pension reicht nicht hin und her. Und wenn ich das Examen gemacht habe, ist auch nichts gewonnen. Genau daselbe. Kein Geld und ein Doktor mehr! Am besten wär's, man würde Proletarier und ernährte sich durch manuelle Arbeit.“ Gert sieht auf seine weißen, schmalen Hände.

(Fortsetzung folgt.)

Krieg und Sexualität.

Um Magnus Hirschfelds „Sittengeschichte des Weltkrieges“.

Im April dieses Jahres erschien im Wiener Verlag Schneider u. Co. eine Ergänzung zu dem zweibändigen Standardwerk „Die Sittengeschichte des Weltkrieges“, das der Sexualforscher Dr. Magnus Hirschfeld im Vorjahr veröffentlicht hat. Trotzdem die beiden Hauptbände seitens der Staatsanwaltschaft inbeanstandet geblieben waren, wurde nunmehr gegen den Nachtrag energig vorgegangen.

Gegen den verantwortlichen Leiter des Verlages, Karl Josef Schlegel, wurde ein Verfahren wegen Vergehens gegen die öffentliche Sittlichkeit eingeleitet. Vor dem Untersuchungsrichter bereits erklärte Schlegel, daß er zwar die von Dr. Hirschfeld verfaßte Broschüre vor der Drucklegung nicht gelesen habe, daß er aber trotzdem für deren Erscheinen die volle Verantwortung übernehme. Das Material dieser Broschüre, das die Staatsanwaltschaft unter Bezugnahme auf eine Reihe von Abbildungen und einzelne Gedichte als unzüchtig bezeichnet, stamme aus der vielbesprochenen Kriegssammlung des Sexualforschers. Dr. Magnus Hirschfeld habe alle in Frage kommenden Dokumente Juristen und hervorragenden Ärzten vorgelegt, die keinerlei Bedenken gegen ihre Veröffentlichung hatten. Im übrigen handle es sich bei dieser Broschüre nur um eine wissenschaftlich bedeutsame graphische Darstellung der Zusammenhänge zwischen Krieg und Sexualität. Da dieses Ergänzungsheft außerdem nur an diejenigen Personen verkauft wird, die seinerzeit das Hauptwerk bezogen haben, da weiterhin diese Personen sich durch Unterschrift verpflichten mußten, das Ergänzungsheft nicht in die Hände minderjähriger Personen gelangen zu lassen, war seiner Ansicht nach alles getan, um ein eventuelles öffentliches Vergernis auszuschalten.

Auf die Erklärungen Schlegels hin wurde die Untersuchung in dieser Richtung eingestellt und die Akten an den Wiener Presserichter weitergegeben. Vor diesem hatte sich Schlegel heute wegen Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obsoleszenz zu verantworten. Schlegel verantwortete sich mit den gleichen Erklärungen, die er vor dem Untersuchungsrichter abgegeben hatte, und wurde freigesprochen. Da aber die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hat, ist die Kampagne gegen Magnus Hirschfeld noch nicht beendet.

Jubiläumszähler der Bewag.

Nummer 1 000 000 aufgestellt. — Freudentag einer Witwe.

Die „Bewag“ hatte gestern einen Jubiläumstag, der für eine Berliner Witwe zu einem Freudentag wurde. Der Stromzähler mit der Nummer 1 000 000 wurde in einer Wohnung in Lichtenberg, Kronprinzenstraße 33, aufgestellt.

Anlässlich dieses Jubiläums hat die „Bewag“ der Besitzerin der Anlage, der Witwe Anna Wader, mehrere elektrische Geräte als Geschenk überreicht. Ein Staubsauger, Kochgeräte und ein Radioapparat waren der alten Dame recht willkommene Dinge. Eine weitere angenehme Überraschung für Frau W. war ein Schriftstück der „Bewag“, wonach ihr ein ganzes Jahr der Strom kostenlos geliefert wird. Auch die 1 000 000. Zähler wurde gekauft und ein Kranz umschmückte sein blechernes Gehäuse, als die Montage von den „Bewag“-Angestellten beendet war. Von der Direktion der „Bewag“ ist außerdem an Stelle der sonst bei derartigen Anlässen üblichen Begrüßungen in Anbetracht der schweren Zeit ein Geldbetrag für Wohlfahrtszwecke zur Verfügung gestellt worden.

In diesem Zusammenhange dürfte es von Interesse sein, daß ein Zeitraum von fast 40 Jahren erforderlich war, bis im April des Jahres 1927 der 500 000ste Zähler gesetzt werden konnte. Die zweite Hälfte der gestern benutzten Million Zähler hat dagegen nur 4 1/2 Jahre gebraucht.

Landgemeinden am Ende.

Vor dem Zusammenbruch. / Das Reich muß helfen! / Reichsarbeitslosenfürsorge.

Im Rahmen einer Pressebesprechung erläuterte der Präsident des Deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der Preussischen Landgemeinden, Dr. Gercke, die auf der Tagung des engeren Vorstandes der beiden Verbände gefasste Entschlieung, die sich mit den finanziellen Maßnahmen der Reichs- und Länderregierungen befaßt.

Der Vortragende wies darauf hin, daß den zuständigen Stellen nicht eindringlich genug klar gemacht werden könne, daß ein großer Teil der Landkreise und Landgemeinden im Herbst zusammenbrechen müsse, wenn ihnen nicht schleunigst finanzielle Entlastung zuteil werde. In der Entschlieung heißt es dann u. a., daß die finanzielle Not der ländlichen Gemeinden aufs höchste gestiegen sei, denn durch Sparmaßnahmen allein ließen sich diese Nöte nicht beheben. Die in Aussicht gestellten zukünftigen Maßnahmen der Reichsregierung und vieler Länderregierungen ließen bisher ein genügendes Verständnis für die Lage der deutschen Landgemeinden vermissen. Auch die Richtlinien des Reichsfinanzministers für eine Sparaktion, die sich zum großen Teil auf das Sanierungsprogramm des Deutschen Städtetages stützten, tänen nur für großstädtische Verhältnisse in Frage, weil die geforderten Maßnahmen in ländlichen Kreisen und kleineren Gemeinden bereits seit langem durchgeführt seien. Die Sparmaßnahmenverordnungsung, die den Sparkassen verbietet, den Gemeinden irgendwelche Kredite zu gewähren, verschärfe diese Finanznot noch ganz besonders.

Diese Kreditperre habe vielfach zur Folge, daß die ländlichen Gemeinden nicht in der Lage seien, die vorgezeichneten Vorauszahlungen auf den Anteil an der Krisenfürsorge zu leisten.

Wenn das Reich nach den Ausführungen des Reichsarbeitsministers in Frankfurt für die nächsten sieben Monate mit einer Ausgabe des Reichs und der Gemeinden von zwei Milliarden für die Arbeitslosen rechne, so müßten sich die bereits in den letzten Monaten untragbar gewordenen Wohlfahrtslasten der Gemeinden im kommenden Winter noch wesentlich erhöhen. Es sei daher dringend

notwendig, daß die Organisation durch Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge geändert werde. Je größer die finanzielle Not werde, um so dringender müsse außerdem die Forderung des Deutschen Landgemeindetages nach einem gerechten Finanzausgleich wiederholt werden. Dieser Finanzausgleich dürfe nicht mehr wie bisher auf dem bisher zuständigen Steuerankommen, sondern in erster Linie auf der Einwohnerzahl der Gemeinden beruhen. Nachdem die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindevorstände für die Begeerhaltung durch den gesteigerten Kraftwagenverkehr besonders angewachsen seien, sei eine stärkere Beteiligung der letzteren an den Kosten für die Straßenunterhaltung nicht mehr aufzuschieben. Zu diesem Zweck müsse die Kraftfahrzeugsteuer in eine Betriebsstoffsteuer umgewandelt werden, deren erhöhte Einnahmen einzig und allein den Wegeunterhaltungspflichten zuzuführen seien.

Auflösung des Stadtamtes für Leibesübungen

Der Magistrat ist dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung, das Stadtamt für Leibesübungen aufzulösen, in seiner gestrigen Sitzung beigetreten. Die bisherigen Aufgaben des Stadtamtes werden vom 1. Oktober d. J. ab auf die zuständigen Verwaltungen: Schulverwaltung, Gesundheitsverwaltung und Landesjugendamt aufgeteilt. Die Deputation für Leibesübungen wird zum gleichen Zeitpunkt aufgelöst.

BVG-Sammelkarten begehr.

Ueber den Verkehr bei der BVG nach Einführung des neuen Tarifes liegen nunmehr über den ersten Tag die genauen Zahlen vor. Der Sammelkartverkehr zu fünf Fahrten für 1 Mark wurde besonders stark gefragt und von ihm wurden 207 000 Stück ausgegeben. Damit erreicht die Ausgabe der Sammelkarten einen Umfang des bisherigen Monatsbedarfs an Sammelkarten. Außerdem wurden 775 000 Einzelfahrtscheine zu 25 Pfennig ausgegeben und 413 000 Umsteigefahrtscheine.

Autodrohsche gegen Möbelwagen.

Bier Verletzte bei einem Zusammenstoß.

In der Lichtenberger Straße ereignete sich in den gestrigen späten Abendstunden ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einer Autodrohsche und einem Möbelwagen. Das Auto wurde bei dem Zusammenprall völlig demoliert. Der Fahrer, ein 30jähriger Georg Böhm aus der Pfarrstraße in Lichtenberg, wurde aus den Trümmern seines Wagens geborgen. Er fand im Weiskauer Krankenhaus Aufnahme. Der Aufsitzer des Möbelfuhrwerks und zwei Mitfahrer wurden bei dem Anprall vom Aufsichterbod auf das Straßenpflaster geschleudert. Alle drei erlitten erhebliche Verletzungen und mußten die Hilfe der nächsten Rettungsstelle in Anspruch nehmen.

Oberbürgermeister gegen Nazi-Band.

Der Oberbürgermeister plant eine Verfügung an die Dienststellen und städtischen Gesellschaften herauszugeben, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß in Zukunft keine städtischen Mietverträge mit politischen Organisationen, besonders mit solchen, die staatsfeindlichen Charakter tragen, abgeschlossen werden dürfen. In Zweifelsfällen haben sich die Dienststellen, bzm. Gesellschaften an

den Magistrat zu wenden, der sich die Prüfung und letzte Entscheidung vorbehalten wird. Vor allem soll bei den zukünftigen Vermietungen darauf geachtet werden, daß die politischen Organisationen keine Mittelspersonen vorkommen, um auf diese Weise zum Abschluss eines Vertrages zu gelangen.

Polizei im Kampf gegen Rabau und Rauch.

Die Berliner Polizei ist seit Jahren auch im die Bekämpfung der Rauch- und Geräuschbelästigung durch Kraftfahrzeuge bemüht. Ständig wird von allen Polizeibeamten hierauf besonderes Augenmerk gerichtet. Außerdem werden fortlaufend besondere Verkehrsüberwachungskommandos eingesetzt, und zwar teils an den Ausfallstraßen, teils in den einzelnen Wohnbezirken. Im Monat Juli wurden wegen Geräuschbelästigung 74 Kraftwagen und 513 Krafttrader und wegen Rauchbelästigung 98 Kraftwagen und 109 Krafttrader festgesetzt. Im übrigen erstreckt sich die Tätigkeit dieser Verkehrsüberwachungskommandos selbstverständlich auch auf die Überwachung des übrigen Straßenverkehrs.

Eine Wochenendfahrt mit dem Motortablinenschiff „Baldur“ nach Brandenburg a. d. H. unternimmt die Belegschaft des „Vorwärts“-Betriebes am Sonnabend, dem 3. und Sonntag, dem 4. September. Abfahrt Sonnabend um 5 1/2 Uhr von Spandau (Sindenerufer), 5 Minuten vom Hauptbahnhof in Spandau entfernt. Karten sind für diese Fahrt auch noch für Nichtbetriebsangehörige beim Betriebsratsvorsitzenden Richard Reefe, Lindenstr. 3, zu haben.

Zuchthaus für Falschmünzer.

Wo die falschen Zehnmarkscheine herkommen. — Kleine Geschäftsleute als Opfer.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatten sich sieben Angeklagte im Alter von 20 bis 35 Jahren wegen Herstellung und Vertriebes falscher Zehnmarkscheine zu verantworten.

Aus der in Berlin-Mahlsdorf gelegenen Fälschwerkstatt brachten sie in einer zunächst sehr schlechten, dann aber verbesserten Auflage über 800 Zehnmarkscheine heraus, die dann von Ende 1930 bis Ostern 1931 in Ludenwalde, Trebbin, Stendal und Hannover und anderen Provinzstädten, abgesetzt wurden. Bei einem Vergleich mit echten Zehnmarkscheinen war die Fälschung auch in der zweiten Auflage offensichtlich. Besonders waren die Kontrollziffern sehr ungenau. In der nicht öffentlichen Verhandlung ergab sich, daß etwa 2000 Scheine in der Werkstatt angefertigt worden sind, von denen sich aber weit über 1000 wegen technischer Mängel nicht zum Vertrieb eigneten. Die Angeklagten entschuldigten sich durchweg mit ihrer Notlage. Gegen den wegen Fälschmünzerei bereits einmal zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilten Angeklagten Schulz beantragte der Staatsanwalt vier Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust und gegen den wegen Diebstahls, Betrugs und Unterschlagung verurteilten Angeklagten Vierich und Fabisch Zuchthausstrafen von 2 bzw. 1 1/2 Jahren und je 5 Jahre Ehrverlust. Die Anträge gegen die restlichen 4 Angeklagten bewegten sich zwischen 1 1/2 Jahren und 9 Monaten Gefängnis.

Das Urteil lautete gegen Schulz, Vierich und Fabisch wegen fortgesetzten Münzverbrechens auf 4, 2 1/2 und 2 Jahre Zuchthaus; die bürgerlichen Ehrenrechte wurden Schulz auf die Dauer von 10 Jahren und den beiden anderen Verurteilten auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt. Die übrigen Angeklagten kamen mit Gefängnisstrafen, die zum Teil als verbüßt gelten und mit Bewährungsfrist davon. In der Begründung wies der Vorsitzende darauf hin, daß es notwendig gewesen sei, den drei Hauptangeklagten mildernde Umstände zu verjagen, und zwar unter Berücksichtigung der Koffiniertheit und Gemeingefährlichkeit ihres Handelns, durch das zahlreiche kleine Geschäftsleute erheblich geschädigt worden seien. Die Laten der Angeklagten gingen nach Ansicht des Gerichts weit über das zur Behebung einer augenblicklichen Notlage Notwendige hinaus.

Bezahlte KPD-Agenten.

Sie wollten an die Schupo heran.

Der vierte Straffenat des Reichsgerichts verurteilte am Mittwoch nach einer umfangreichen Beweisaufnahme, zu der nicht weniger als 15 Zeugen zugezogen waren, wegen gemeinschaftlicher Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Unterstützung einer staats-

feindlichen Verbindung den früheren Polizeiwachmeister Willi Drosdats; aus Berlin-Lichtenberg zu zwei Jahren Festungshaft und den Arbeiter Hermann Gartmann aus Charlottenburg zu 2 1/2 Jahren Festungshaft. Drosdats wurden 3 1/2 und Gartmann 9 1/2 Monate erlittene Untersuchungshaft voll angerechnet.

Der jetzt 26 Jahre alte ledige Drosdats war im August vorigen Jahres wegen leichtsinniger Schuldenmachens nach zweieinhalbjähriger Tätigkeit bei der Schutzpolizei in Potsdam entlassen worden. Als Arbeitsloser kam er dann erstmalig Ende September in die Zentrale der KPD, wegen Unterstützung. Dort lernte er den Angeklagten Gartmann kennen, der ihn bestimmte, verschiedene Polizeibeamte zu einer gemeinsamen Unterredung zu veranlassen, was auch in mehreren Fällen geschehen ist, nachdem Drosdats seine früheren Bekannten in den irrigen Glauben versetzt hatte, er gehöre noch der Schutzpolizei an. Bei diesen Unterredungen sollten die betreffenden Beamten bestimmt werden, späterhin nicht nur Zerlegungsmaterial unter ihre Kameraden zu verteilen, sondern auch von sich aus Material über Vorkommnisse in ihren Revieren herbeizuschaffen, das geeignet wäre, in zersetzendem Sinne publizistischen Zwecken zu dienen.

Das bei beiden Angeklagten beschlagnahmte Material überzeugte das Gericht, daß Gartmann dem Funktionärkörper der KPD, wahrscheinlich angehört, ihm aber mindestens sehr nahe steht, und Drosdats, der bestreitet, der KPD als Mitglied anzugehören, das Opfer der Verführungskünste des Mitangeklagten geworden ist.

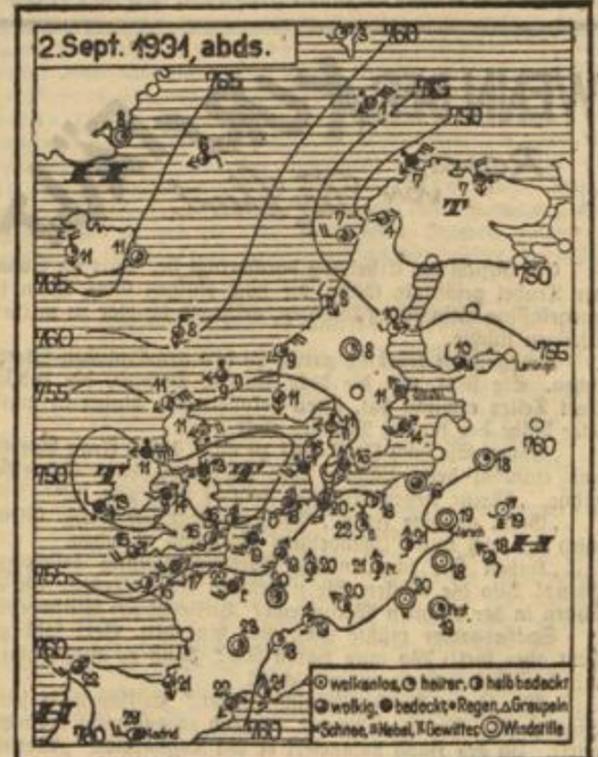
Beiden Angeklagten wurde die Ueberzeugungstäterschaft zugebilligt. Bei Drosdats ist das Gericht mit Rücksicht darauf, daß er früher Beamter war, noch über den Strafantrag des Reichsanwalts hinausgegangen.

8 Millionen Mark unterschlagen?

London, 2. September. (Eigener Bericht.)

Die Continental Illinois Bank and Trust Company of Chicago hat, wie die „Daily Mail“ berichtet, bei der Lloyds Bank einen Schadenerklärungsanspruch auf mehr als acht Millionen Mark gestellt. Der Schaden soll ihr durch Unterschlagungen eines Angestellten entstanden sein, die sich auf mehrere Jahre erstrecken. Der ungetreue Angestellte, der diese sensationellen Unterschlagungen verübte, ist ein 42 Jahre alter Walter Bosij, der bereits 20 Jahre bei der Bank beschäftigt war. Er hat ein Geständnis abgelegt und hat das Geld angeblich zu Spekulationszwecken verwendet.

Allgemeine Wetterlage.



Ein ziemlich umfangreiches Depressionsgebiet lag am Mittwochabend über der Nordsee und den Britischen Inseln. Auf seiner Vorderseite trat in Deutschland bei südlichen Winden Erwärmung ein, so daß die Temperaturen im Reich verschiedentlich auf 25 Grad, in Frankreich stellenweise auf 30 Grad stiegen. Die Depression dürfte sich nach Nordosten bewegen. Unser Bezirk wird damit in den Bereich der Störungen gelangen, die sich auf ihrer Südseite befinden. Allmählich wird auch die kalte Rückseitenströmung des Tiefs Einfluß auf unser Wetter bekommen.

Wetterausichten für Berlin. Anfangs noch zeitweise heiter, später vorwiegend wolkig mit Neigung zu Regenschauern, zunächst noch ziemlich warm. — Für Deutschland. In der nordwestlichen Reichshälfte stark wolkig bis bedeckt, namentlich im Küstengebiet auch Regen, im übrigen Reich noch keine nennenswerte Veränderung.

Schlechte deutsche Devisenbilanz.

Mangelhafte Leistung der Devisenzwangswirtschaft. — Was wird nach der Atempause von Basel?

Vor wenigen Tagen mußte die Devisenablieferungsgrenze auf 1000 M. herabgesetzt werden, weil die bisherige Devisenpolitik nicht ergebnisreich genug war.

Am 1. August ist durch Notverordnung in Deutschland die Zwangswirtschaft für Devisen wieder eingeführt worden. Danach dürfen ausländische Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung (das sind Devisen) nur von der Reichsbank oder den von ihr beauftragten Kreditinstituten erworben und nur an die Reichsbank oder die betreffenden Institute veräußert werden. Diese Aufhebung des freien Devisenverkehrs war notwendig, weil die deutsche Währungsreserve durch die Kreditveränderungen des Auslandes und ebenso durch inländische Devisenhandlungen in kurzer Zeit bedrohlich zusammengeschrumpft war und nun mit Hilfe dieses Gewaltmittels wieder aufgefüllt werden sollte.

Die Rationalisierung der Devisenzuteilung erwies sich auch im Interesse der Auslandsgläubiger als nötig.

Da her vorhandene Devisenstock noch nicht einmal mehr zu einem Drittel ausreichte, um den großen Rest der kurzfristigen ausländischen Forderungen (5—7 Milliarden Mark) zurückzahlen zu können. Natürlich wägen auch die ausländischen Geldgeber, daß Deutschland gar nicht imstande sein konnte, solche Milliardenbeträge mit einem Schlag zurückzahlen, die im Laufe von mehr als sechs Jahren nach Deutschland hereingeflossen waren; denn die Großbanken, die den größten Teil dieser kurzfristigen Gelder nach und nach aufgenommen hatten, haben mit diesem Gelde „gearbeitet“, d. h. sie haben die Auslandskredite — natürlich mit entsprechendem Zwischenverdienst — an die Wirtschaft weitergegeben. Daß die Banken dabei den Fehler gemacht haben, kurzfristig aufgenommenes Geld in langfristige Anlagen zu stecken, und daß aus diesem Fehler die ganze gegenwärtige Krise letzten Endes entspringen ist, sei nur nebenbei bemerkt. Diese Kredite, die das Ausland nun so pföhlisch zurückhaben wollte, sind eingefroren, und der Auftauungsprozeß wird lange Zeit kosten.

Da es nun nicht möglich war, alle Auslandsgläubiger zu befriedigen und durch die praktische Zahlungsinstellung Deutschlands über 6 Milliarden Auslandskredite „notleidend“ wurden, so verlangten die Hauptgläubiger, insbesondere Amerika und England, daß der gemeinsame Schuldner

Deutschland keinen ausländischen Gläubiger bevorzugt behandeln dürfe.

Nur unter dieser Bedingung erklärten sie sich bereit, in „Stillhalteverhandlungen“ einzutreten. Deutschland kam diesem an sich verständlichen Verlangen nach durch die Notverordnung vom 1. August. Durch sie ist die gleichmäßige Behandlung aller ausländischen Bankgläubiger gesichert insofern, daß nunmehr praktisch überhaupt keine Devisen für Kreditrückzahlungen mehr zur Verfügung gestellt wurden.

Unter dieser vom Auslande selbst gewünschten Bedingung wurden dann die inzwischen in Basel zum Abschluß gebrachten Verhandlungen geführt, in denen sich die ausländischen Gläubiger notgedrungen zu einer sechsmonatigen Verlängerung ihrer Kredite bereit erklärt haben. Die ausländischen Banken halten also sechs Monate still —, natürlich gegen Zinsen und teilweise gegen neue zusätzliche Sicherheiten. Dabei sollen noch die zwischen den verschiedenen ausländischen und inländischen Bankengruppen zu vereinbarenden Einzelbedingungen von Fall zu Fall festgesetzt werden. Die Tatsache besteht also, daß Deutschland für den überwiegenden Teil seiner kurzfristigen Auslandsschuld bis zum 31. Januar 1932 eine Atempause zugestanden erhalten hat. Nur eine Atempause; denn selbstverständlich ist es ganz unmöglich, in den paar Monaten 6 Milliarden Devisen in Deutschland aufzubringen. Wo sollten sie auch herkommen?

Wir haben zwar in dem ersten Halbjahr 1931 für rund eine Milliarde mehr Waren ausgeführt als eingeführt und werden vermutlich durch den verstärkten Zwang zur Einschränkung und Ausfuhrsteigerung im nächsten Halbjahr noch einmal einen Ausfuhrüberschuß von mindestens derselben Höhe erzielen können. Die Dienstleistungsbilanz (das sind Einnahmenüberschüsse aus dem internationalen Frachtgeschäft, aus dem Reiseverkehr usw., gegenüber den Ausgaben für die gleichen Zwecke an das Ausland) dürfte gleichfalls einen Ueberschuß zu unseren Gunsten erbringen. Auch aus anderen Quellen dürften noch mehr oder weniger große Devisenbeträge zu erwarten sein, wenn auch die Hoffnung, daß als Folge der Kapitalmarktgeseggebung größere Rückflüsse geschäftlicher Kapitalien eintröfen würden, scheinbar keine großen Aussichten auf Verwirklichung bietet.

Jedenfalls ist das bisherige Ergebnis der Devisenzwangswirtschaft durchaus unbefriedigend.

Das mag daran liegen, daß die von Juristen in aller Hast entworfene Notverordnung schwere Mängel und Lücken aufweist, die eine Umgehung der Verordnung zum mindesten dem leicht machen, der über gute geschäftliche Beziehungen zum Ausland verfügt. Es wird nicht leicht schwer fallen, von dem ausländischen Geschäftsfreund sich fingierte Rechnungen ausstellen zu lassen, vielleicht über Waren, die gar nicht geliefert wurden, wenn diese Rechnungen von dem Inländer als Grundlage für seine Devisenanforderungen benützt werden sollen. Weiter können wirkliche Auslandserlöse deutscher Exporteure trotz der Devisennotverordnung im Auslande belassen werden, und es hat auch den Anschein, daß von dieser Möglichkeit trotz der Kreditnot in weitem Umfange Gebrauch gemacht wird. Wie sollte man anders die Tatsache erklären, daß in der Zeit vom 15. Juli bis 31. August nur 350 Millionen Devisen an die Reichsbank abgeführt wurden, obwohl im Juli und sicher auch im August ein statistischer Ausfuhrüberschuß erzielt wurde, obwohl Reparationsüberweisungen von monatlich 25 Mill. gespart wurden und obwohl in den vorangegangenen Wochen erhebliche Devisenbeträge gebankrott worden waren, die nun nach der Devisennotverordnung hätten zum Vorschein kommen müssen.

In Anbetracht der bis jetzt so geringen Wirksamkeit der Devisenregulierung ist es sicher schon eine zu optimistische Schätzung, wenn man mit einem voraussichtlichen Devisenzuwachs von rund 3 Milliarden Mark für das ganze Jahr rechnet.

Nun wird aber dieser an sich schon kärgliche Devisenanfall von 3 Milliarden für 1931/32 durch die Stillhaltevereinbarungen mit mindestens ¼ Milliarden noch in Anspruch genommen werden.

Zunächst einmal sind von den rund 740 Millionen betragenden Markguthaben des Auslandes 25 Proz. = 185 Millionen sofort zurückzahlen. Weitere 15 Proz. können von diesen Guthaben monatlich zurückgezogen werden, wenn die Lage der Reichsbank es gestattet. Dazu kommt, daß für die zwischen dem 13. und 31. Juli fällig gewordenen Devisenverpflichtungen (rund 1 Milliarde Mark) das Stillhalteabkommen nur mit Einschränkungen gilt; denn diese Guthaben dürfen notfalls gegen die Guthaben deutscher Banken im Auslande (520 Millionen) aufgerechnet werden. Da aber zur normalen Abwicklung des internationalen Zahlungsverkehrs, zur Finanzierung des deutschen Außenhandels Guthaben der deutschen Banken bei ausländischen Banken unerlässlich sind, so müßten die vom Ausland beschlagnahmten Guthaben wieder aufgefüllt werden, so daß sich also auch hier unter Umständen ein beträchtlicher zusätzlicher Devisenbedarf ergeben kann.

Andere Kosten kommen als weitere Steigerung des in der nächsten Zeit zu erwartenden Devisenbedarfs noch hinzu, ohne daß man ihre Höhe schon einigermaßen abschätzen könnte. Die direkten Schulden von Handel und Industrie (2—3 Milliarden) sind zum Beispiel in den bisherigen Stillhaltevereinbarungen — soweit man sieht — nicht einbezogen. Hier bietet allerdings die Zwangswirtschaft der Devisen vorläufig einen gewissen Schutz, doch fehlt die Gewähr, daß nicht die Industrie zum Beispiel im Interesse ihres Kredites zurückbehaltene Exporterlöse entgegen der Devisennotverordnung zur Abdeckung fälliger Auslandsverbindlichkeiten benützt.

Nur die Politik kann neues Vertrauen und neue Kredite schaffen.

Alles in allem ist also festzustellen, daß trotz der Einstellung der Reparationszahlungen durch den Hoover-Plan und der Rückzahlungen gemäß dem Baseler Stillhalteabkommen nicht erwartet werden können, daß ein ins Gewicht fallender Betrag der am 2. Februar 1932 definitiv fälligen Auslandskredite zurückgezahlt werden könnte.

Diese Tatsache zwingt uns, heute schon für diesen kritischen Termin Vorkehrungen zu treffen. Man darf vielleicht die Hoffnung hegen, daß bei einer vernünftigen innen- und außenpolitischen Entwicklung das Vertrauen der ausländischen Bankgläubiger sich festigt, und daß dann wenigstens teilweise eine weitere gütliche Verlängerung der Kredite zu erzielen sein wird. Aber das ist nur eine Hoffnung, und selbst bei dieser Hoffnung kann uns nicht wohl sein, nachdem wir die Gefahren überstürzter Kreditabrufe eben erst von neuem kennengelernt haben.

Langfristiges Auslandskapital, mit dem uns allein über die Schwierigkeiten hinweggeholfen werden kann, ist aber — wie eben noch das Baseler Gutachten betont hat — ohne Wiederherstellung des gestörten politischen Vertrauens nicht zu haben. Wie will man auch dem amerikanischen oder französischen Kapitalisten, der jetzt an der Young-Anleihe fast ein Drittel seines Zeichungspreises eingebüßt hat, eine neue Aufforderung zur Zeichnung deutscher Anleihen schmachtlich machen! Nur wenn eine politische Garantie seiner Regierung die Sicherheit einer solchen Kapitalanlage verbürgt, wird man den ausländischen Rentner wieder für deutsche Werte interessieren können. Vorbedingung hierzu aber ist und bleibt eine Verständigung Deutschlands mit Frankreich.

F. D.

Distontierung gerechtfertigt?

Der Reichsbankausweis vom 31. August.

Der Status der Reichsbank vom 31. August zeigt für die August-Ultimowoge eine sehr geringe Beanspruchung von Reichsbankmitteln. Die Wechselbestände haben, obwohl die Reichsbank nach der Erklärung ihres Präsidenten die Kreditrestriktion hat fallen lassen, nur um 149,5 auf 3101 Millionen zugenommen. Die Lombarddarlehen haben sich relativ stark, nämlich um 108,5 auf 207,6 Millionen vermehrt. Hier wird sich die Erwartung der Distontierungsabsehung ausgewirkt haben, denn die zur Kreditbeschaffung der Reichsbank übergebenen Wechsel bringen im Fall einer bevorstehenden Distontierung größere Zinsverluste als Lombarddarlehen. Reichsbankwechsel werden zum Ultimo mit 38,4 Millionen neu ausgemessen. Die fremden Gelder auf Girokonto haben sich um 23,9 auf 508,6 Millionen verringert.

Der Notenumlauf stieg um 334 auf 4383,8 Millionen, der Umlauf an Rentenbankscheinen um 22,2 auf 420 Millionen. Die Bestände an Gold und Devisen haben sich leicht vermehrt; die Goldbestände um 0,22 auf 1366,6 und die deckungsfähigen Devisenbestände um 42,4 auf 356,2 Millionen. Die Deckung des Notenumlaufes durch Gold und Devisen zusammen ging gegen die Vormoche von 41,5 auf 39,3 Prozent zurück, bewegt sich also knapp unter der gesetzlichen Deckungsgrenze.

Diese relativ günstige Entwicklung des Reichsbankstatus war eine der entscheidenden Grundlagen für die Herabsetzung des Diskonts von 10 auf 8 und des Lombardfußes von 12 auf 10 Prozent. Rein deckungsmäßig und unter Berücksichtigung der — leider immer noch — „gehehlichen“ Deckungsgrenze von 40 Prozent wäre die Distontierung nicht zu rechtfertigen gewesen. In den 39,3 Prozent Gold- und Devisendeckung stecken ja auch die 630 Millionen Mark Dollarkredite des Auslandes, so daß die eigentliche Deckung der Reichsbank nur etwa 25 Prozent beträgt. Trotzdem war es richtig, daß die Reichsbank bei ihrer Diskontermäßigung sich um die Deckungsgrenze nicht kümmerte; denn das Maß der volkswirtschaftlich gerechtfertigten Kreditbefriedigung durch die Reichsbank hat mit dem Ausmaß der Notendeckung so gut wie nichts zu tun. Daß die Gesundheit der von den Banken gewährten Kredite sehr viel wichtiger ist als ihr Ausmaß, hat die Reichsbank gelegentlich der Distontierung ja endlich auch anerkannt. Daß ihr Präsident die Umwandlung von Bankendebitoren in Wechselkunden empfohlen hat, läßt erkennen, daß die Reichsbank eine Ausdehnung des Notenumlaufes auf der Grundlage solcher Handelswechsel trotz der unterschrittenen Deckungsgrenze nicht mehr so fürchtet wie früher.

Mit einem gewissen Recht darf man jetzt von einer Umstellung der Reichsbankpolitik sprechen. Damit diese Umstellung aber Früchte tragen kann, ist es notwendig, daß durch die deutsche Wirtschaftspolitik, die sich von Finanz- und Zollsubventionen ab- und der schärfsten Bekämpfung bedingender der monetaristischen Rohstoffpreisen zuwenden muß, eine Bereinigung auf den Märkten und in der Wirtschaft durchgeführt wird. Ebenso wichtig ist die buchmäßige Bereinigung der bereits eingetretenen Verluste, und zwar überall. Erst unter dieser Voraussetzung kann man erwarten, daß die letzte Kreditverbilligung der Reichsbank für die Gesamtwirtschaft dauernd fruchtbar werden wird.

„Chloroformierte Gläubiger.“

Der Wirtschaftsstandal Gevelsberg.

Der Zusammenbruch der Großeinkaufsgemeinschaft Vereinigter Eisenhandlungen A.-G. in Gevelsberg (Westfalen) hat Zustände bei dem vertrachten Unternehmen enthüllt, die jeder Beschreibung spotten. Wenn es sich auch bei der Pleite „nur“ um insgesamt 4 bis 5 Millionen handelt, die nicht mit den veräußerten 250 Millionen der Gebrüder Bahusen in Konkurrenz treten können, so sind die Einzelheiten dieses Zusammenbruchs nicht weniger skandalös als das Wirtschaftsverbrechen Nordmole.

Die zusammengebrachte Vereinigte Eisenhandlungen A.-G. ist erst 1930 von einer G. m. b. H. gleichen Namens gegründet

worden, die eine Großeinkaufsgemeinschaft von Klein- und Stahlwaren darstellte. Die Lieferanten fehlten fast ausschließlich aus einer großen Zahl — etwa 2000 — Fabrikanten der Kleinindustrie zusammen. In großsprecherischen Prospekten war von der G. m. b. H. auf die Vorzüge eines geschlossenen Großeinkaufs immer wieder hingewiesen worden, und der gewissen Propaganda war es gelungen, die Fabrikanten in sehr starkem Umfange an das Unternehmen zu fesseln.

Schon 1929 hatte die Vereinigte Eisenhandlung G. m. b. H. ihre Gelder derart vermirrlicht, daß sie konkursreif war. Die Geschäftsleitung aber hatte, wie auf der kürzlich abgehaltenen Gläubigerversammlung treffend bemerkt wurde, eine Art, ihre Gläubiger zu „chloroformieren“, daß eine Klärung der Situation immer wieder hinausgeschoben werden konnte. Als die Dinge 1930 sich so festgelagert hatten, — die jetzt erfolgte Prüfung ergab bei einem Gesellschaftskapital von 500 000 Mark für Ende 1929 bereits 2 Millionen Mark Verlust —, verließ die Geschäftsleitung auf den Ausweg, eine neue Aktiengesellschaft zu gründen, an deren Kapital auch die industriellen Lieferanten und Gläubiger der G. m. b. H. beteiligt werden sollten.

Die jetzt erst ans Tageslicht gekommenen Einzelheiten der Gründung dieser Aktiengesellschaft zeigen, daß es sich hier um eine glatte Schwindelgründung handelte. So zahlte die konkursreife G. m. b. H. von den 2,5 Millionen Aktienkapital der neuen Gesellschaft 625 000 Mark mit einem Bankcheck ein, den sie zwei Tage darauf in gleicher Höhe des Betrages der Bank wieder überwies. Mit dem Hauptverantwortlichen dieser geschäftlichen Schiebung, dem Direktor Hippold, beschäftigt sich bereits der Staatsanwalt. Auf seine Verantwortung gehen auch die Aufkäufe völlig heruntergewirtschafteter Fabriken, die in der Bilanz unter den Aktiven hoch zu Buche standen.

Wie bei den anderen großen Wirtschaftskandalen der letzten Zeit hat auch in diesem Falle der Aufsichtsrat die Dinge völlig treiben lassen. Welchen Umfang aber die Verschumpfung in der Privatwirtschaft angenommen hat, kennzeichnet die Tatsache, daß zur Bilanzprüfung zugezogene Hamburger Treuhand-syndikat die Bilanz anerkannte, die jetzt von dem eingeleiteten Prüfungsausschuß der Gläubiger als falsch befunden wurde.

Auf der Gläubigerversammlung wurde die Forderung aufgestellt, daß die Vertreter privatwirtschaftlicher Auffassung vom Standpunkt der Reinheit der Wirtschaft unbedingt Klarstellung der Verhältnisse fordern müßten. Ein Vertreter erklärte, daß die Aktienrechtsreform durch Notverordnung erforderlich sei, wenn man die Verhältnisse bei den zusammengebrochenen Unternehmen betrachte. Auch müßten bei der Befreiung von Treuhandgesellschaften andere Grundsätze Platz greifen, wenn man wieder zu soliden Ergebnissen bei der Bilanzprüfung kommen wolle. — Dieser Charakteristika der im gegenwärtigen Wirtschaftssystem eingerissenen Mißstände durch kapitalistische Kreise haben wir nichts hinzuzufügen.

Graf Arco verläßt die Telefunken-Gesellschaft.

Wie die Telefunken-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie G. m. b. H., Berlin, mitteilt, hat sich Graf Arco entschlossen, von der Leitung der Telefunken-Gesellschaft zurückzutreten und sich in Zukunft persönlichen Studien zu widmen. Es ist Vorfrage getroffen, daß Graf Arcos große Erfahrung und die Ergebnisse seiner zukünftigen Arbeiten auch weiterhin der Telefunken-Gesellschaft, der er von der Gründung an — also seit 1903 — angehörte, zur Verfügung stehen.

Karstadt legt Textilwerk still.

Die Rudolf Karstadt A.-G. hat Antrag auf Stilllegung des Textilwerks in Bocholt i. W. gestellt. Von der Maßnahme werden insgesamt 1200 Arbeiter betroffen. Einem Teil der Belegschaft ist die Kündigung bereits zugestellt worden.

Konkurse und Vergleichsverfahren im August 1931. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im August 1931 1065 neue Konkurse bewilligt.

Wolfgang Wellerstein: Das Traumpferdchen

Mucklein gab sich selber seinen Namen, als er sein Ich entdeckt hatte. Er stellte sich vor mir auf, schaute mit seinen blauen Augen zu mir auf und sagte ernsthaft:

„Ich bin das Mucklein.“
Und dabei blieb es.

Heute rattert er an der Tür meines Arbeitszimmers und verlangt stürmisch, daß ich ihm öffne. Seufzend lege ich mein Schreibschreibt herbeigezerrt und umarmt meine Beine. Er hat ein rotes Kittchen an, blaue Höschen und seine besten Schuhe. Die weißblonden Härchen stehen am Hinterkopf wie nach allen Himmelsrichtungen, aber vorn liegen sie sanft und artig auf der Stirn. Mucklein gleicht einem frisch gewaschenen Kesselfchen. Sein lächelndes Gesicht, das mein unwilliges Welterstein gern als einen Ueberfall deuten möchte, soll eine Ueberraschung sein; denn heute ist Sonntag und ich hatte es vergessen.

„Was willst du denn, Mucklein? Ich muß doch arbeiten.“

„Das Traumpferdchen möchte auf den Höhenrain laufen“, antwortet er mit hohem Stimmton und zieht ein schüßiges Spielzeugpferdchen an sich heran, das er an einem Bindfaden hinter sich her schleift.

Das bedeutet also einen Spaziergang. Und gerade heute, wo ich... man sollte den Kindern doch niemals Märchen erzählen! Nun hilft es nichts. Wir sind schon unterwegs.

Mucklein trappelt vergnügt neben mir her. Das Traumpferdchen, das er an seinem Bindfaden erdarmungslos über die Steine zerrt, sieht recht mitgenommen aus. Es besitzt nur noch kümmerliche Spuren einer Mähne, beide Ohren fehlen ihm und auch ein halbes Bein. Es scheint zu leiden und ich hebe es auf. Sofort bleibt Mucklein stehen und zwitschert ängstlich:

„Ich will aber das Traumpferdchen haben, bitte schön!“

Ich bin Muckleins Knecht. Er nimmt also das Traumpferdchen unter den Arm und wir steigen weiter.

Gebirgler mit Alpenrosen an den Hüften kommen uns entgegen. Ihre Schritte klingen fest und sicher. Sie sind gebräunt von sommerlicher Arbeit und sehen gut aus in ihrer feiertäglichen Tracht. „Grüß Gott!“ ruft Mucklein, und sein Gruß wird mit Wohlgefallen erwidert.

Dann kommen Frauen in Niedern und bunten Röden. Mucklein wird von einer Bäuerin hoch empor geschwungen und jubelt vor Vergnügen. Das Männchen hat viele Freunde unter Menschen und Tieren.

Nun sind wir oben.

Der Höhenrain ist eine große, hügelige Alm, ein waldumfranztes Gewoge von jungem Gras und von Blumen. Hier weidet das Vieh der Gemeinde. Kühe wandern mühsam und läutend darüber hin. Ziegen klettern von Kuppe zu Kuppe, und die Trüppchen der Schafe stehen ganz im Grünen verloren. Ringsum ragen eisenscharfe Felsenberge, aus deren Schründen der Schnee nicht weichen will. Der Höhenrain ist Muckleins Spielplatz.

Eine Weite taucht er umher und vertieft sein Holzpferdchen, ohne es zu merken. In leidiger Gebanktheit verstrickt, hebe ich es auf und stolpere Mucklein nach. Dann gerät er in eine Kindergeßelschaft. In einer Wiesenmulde, in der sich ein ganzes Heer von Alpenblumen zusammenhängt, sitzen kränzelnd lautere Bänder, sonnenverbrannte Gebirgsfinder, Buben und Mädchen. Mucklein sieht unter ihnen aus wie ein fremdartiges Fläschen, das der Zufall herongeweht hat. Sie wollen gern mit ihm spielen, aber sie sind schon zu groß für ihn und verstehen seine wichtigen Fragen nicht. Dem Genuß des reizenden Bildes hingegeben, halte ich mit dem Traumpferdchen unter dem Arm auf dem nächsten Hügel Wache, bis er die Ruhlosigkeit seiner Bemühungen eingesehen haben wird. Es dauert nicht lange. Mucklein macht entschlossen feiert, klettert eilig zu mir empor und fordert sein Spielzeug begeistert ein.

Dies alles hat das stürmische Büchlein ein wenig müde gemacht. Wir begeben uns daher nach einer Bank, die am Waldbrande steht. Eine riesige Buche überschattet sie und durch das Laubwerk schaut der dunkelblaue Himmel herob. Ueber uns ist ein Säuseln und Wispern und vor uns liegt das mächtige Gebirge.

Mucklein stellt das Holzgäulchen sorgsam neben sich, lehnt sich wie ein kleiner Genießer zurück und sagt:

„Jetzt will ich eine Geschichte vom Traumpferdchen hören, bitte schön.“

Das ist schwer für mich, aber ich hatte es erwartet. Befangen vor diesem Zuhörer, dem meine Worte vielleicht wie Bienengesumme klingen, beginne ich denn ziemlich schüchtern:

„Unten im Dorf lebte einmal ein Bauer, der hatte wohl ein Städtchen, aber kein Pferd darin, und er wollte gerade ein Pferd zum Pflügen haben, denn Kühe waren ihm viel zu schlecht. Da kam zufällig das Traumpferdchen über den Höhenrain getraubt und sah

sich die Gegend an. Es war weit in der Welt herumgelaufen und war nun müde. Als daher der Bauer lockte und rief: „Hallo, Pferdchen, komm nur in meinen Stall, da gibt es gutes Futter!“, ging es ruhig mit hinab und stellte sich an die Krippe. Der Bauer band es fest, machte die Stalltür zu und langte draußen vor Vergnügen einen Schuhplattler.

„Hurrah!“ schrie er dann, „endlich habe ich ein richtiges herrschaftliches Pferdchen zum Pflügen!“

Es war ein recht schlauer Bauer, aber er wußte doch nicht, daß ein Traumpferdchen zum Pflügen nicht taugt. Er wußte auch nicht, daß es durch alle Dinge hindurchschauen kann wie durch Glas. Als das Traumpferdchen sah, wie der Bauer sich freute, daß er es gefangen hatte, ärgerte es sich.

Nach einer Weile kam der Bauer, schüttelte schlechten Hofer in die Krippe und sagte:

„Du, Pferdchen, fröhlich. Nachher mußt du pflügen.“

Aber das Traumpferdchen sah ihm bloß an und sprach nicht.

Erst wunderte sich der Bauer und wartete eine Weile. Dann kratzte er sich den Kopf. Schließlich wurde er böse und schrie:

„Du schlechter Teufel, nun sollst du eben gleich pflügen! Nachher wirst du schon Hunger bekommen.“

Er führte das Traumpferdchen hinaus und stieg auf, weil er gern reiten wollte. O mein Gott! Das Traumpferdchen, das erst wie ein ganz gewöhnliches Pferd ausgesehen hatte, bekam plötzlich ein milchweißes Fell und eine feuerrote Mähne, und seine Hufe glühten wie das geschweißte Kupfer, das in der Küche hängt. Darüber erschraf der Bauer entsetzlich und wollte herunterklettern, aber er konnte nicht, denn er war festgewachsen.

Das Traumpferdchen trabte durch das Dorf und wieherte, daß es wie ein Glockengeläut klang. Die Leute rissen die Fenster auf, sie kamen aus der Kirche und aus dem Wirtshaus heraus, von den Kindern kamen sie herbeigelaufen und riefen:

„Seht, der Wiesbacher Seppi ist Millionär geworden!“

Das machte den Bauer freilich mächtig stolz, aber er wäre doch viel lieber abgestiegen — wenn er nur gekonnt hätte.

Und nun begann das Traumpferdchen zu galoppieren und dann zu jagen — schnell und immer schneller. Die Leute aus dem Dorf blieben im Ru zurück und der Wind wühlte sich fast die Backen kaputt blasen vor lauter Spoh. Als das Traumpferdchen über den Höhenrain stief, berührten seine Hufe schon gar nicht mehr das Gras, und als es an den Waldbrand kam, war es mit einem Dusch darüber hinaus in die leere Luft hinein — höher und immer höher.

Der Bauer jammerte schredlich und rief alle Heiligen an. Das half ihm nichts. Er mußte mit hinauf zu den rosenroten Wolkenwiesen. Da lag die Welt tief unter ihm, die Häuser des Dorfes sahen aus wie Brotkrumen und der Höhenrain war so klein geworden wie ein Kästchen. Dort oben machte das Traumpferdchen halt und sang ruhig an zu weiden.

„Jesus, Maria und Josef!“ brüllte der Bauer, „was soll denn nun hier mit mir werden? Bringe mich bloß wieder zur Erde zurück, gutes Pferdchen. Ich gebe dir auch allen Hofer, der im Dorfe zu kriegen ist.“

„Ich esse nur Sonnenstrahlen oder auch Mondstrahlen — wie es mir gerade gefällt“, antwortete das Traumpferdchen. „Und vor allen Dingen will ich nicht pflügen.“

Dann weidete es weiter.

„Ja, ja, ja, ich verstehe schon. Ich besorge dir nachher sofort einen Sack voll Sonnenstrahlen und einen gehäuften Schafel voll Mondstrahlen“, versprach der Bauer in seiner Angst, „wenn du mich bloß wieder in ordentliche Verhältnisse zurückbringst. Du sollst auch nur eine Viertelstunde lang täglich pflügen.“

„Rein“, sagte das Traumpferdchen, „ich pflüge überhaupt nicht.“

„Dach!“ schrie der Bauer und wurde wieder böse, „pflügen mußt du und wenn es nur volle zehn Minuten täglich sind. Pflügen ist Pferdearbeit und Arbeit schändet nicht. Außerdem gehörst du mir. Du bist doch wohl an mich angewachsen, nicht wahr?“

„Ich so!“ sagte das Traumpferdchen, „nun, das will ich dir eben mal anders zeigen.“

Und es wieherte donnernd, bäumte sich und schlug aus, daß die Wolken auseinanderfuhren und die Blitze krochten.

Der Bauer flog noch einmal himmelhoch empor, aber diesmal allein. Dann fiel er durch das Wolkenloch auf die Erde zurück. Es dauerte recht lange, bis er ankam und — frach, bums! — durch das Dach hindurch in sein Bett fuhr. Dason erwachte er, rieb sich die Augen, schmitzte und freute sich sehr, daß es eben nur ein Traumpferdchen gewesen war, das ihn besucht hatte.

Mucklein ist längst eingeschlafen. Es war wohl kein richtiges Kindermärchen und nicht ganz neu in der Literatur. Wer nun darf ich das Bändchen misant seinem Traumpferdchen nach Hause tragen. Das ist eine viel bessere Geschichte.

mit genauem Datum und der Ortsangabe versehen sein. Daß das Wort „Testament“ darüber steht, ist zweckmäßig, aber nicht unbedingt notwendig, wenn sich aus der ganzen Abfassung ergibt, daß die Schreiberin über ihr gesamtes Vermögen für den Todesfall hat verfügen wollen. Da nun Frau Reimers eine sehr korrekte Frau war, hat sie alle Formvorschriften in ihrem Brief erfüllt.

Hätte aber nur etwas gefehlt, z. B. das Datum oder die Ortsangabe, so wäre nichts zu machen gewesen; denn weder war dann das Schenkungsversprechen vollgültig, noch das Testament. Wenn man solche sehr schwerwiegenden Folgen vermeiden will, ist es schon am besten, daß man schon bei Lebzeiten die Schenkung vollzieht, oder daß man ein ordentliches Testament aufsetzt. Dazu gehört also, daß das Testament von A bis Z allein geschrieben ist (die Hand darf nicht geführt werden), daß es Datum und Ortsangabe und den vollen Namen des Schreibers als Unterschrift enthält.

Erna Blüsing: Spielzeug im Orient

Die Puppe spielte und spielt im Leben der Völker eine bedeutende Rolle und unsere Kulturhistoriker beschäftigen sich oft und gern mit erhaltenegebliebenen Puppen, um von ihnen Auskunft über längst vergangene Zeiten einzuholen. Die Puppe, einst religiöser Phantasie entsprungen, ist schon seit langem Kinderspielzeug. Und die deutsche Puppenindustrie, die in der Hauptstadt in Thüringen heimisch ist, hat sich zahlreiche Länder als Ausführungsgebiete erworben. Wir können uns die Puppe aus dem Bestande des Spielzeugs der Mädchen einfach nicht hinwegdenken.

Darum ist die Frage berechtigt, spielt die Puppe auch in den islamischen Ländern, die eine persönliche Darstellung abzulehnen, eine Rolle? Natürlich ist zur Zeit in der Türkei, die einst hundert Jahre lang ein Umschwung zu verzeichnen. Aber, was macht es aus, wenn Mustafa Kemal sich in Stein hauen läßt und sich selbst Denkmäler errichtet? Er besetzt dadurch nur: „Ich bin der Diktator der Türkei, ich führe in meinem Reich europäische Kultur durch.“ Die großen Reiche des Islam kennen noch nie vor keine figürliche Darstellung, sie sind noch immer eingesperrt in eine klare Schönheit der Linie und in die ungeheuer dekorative Wirkung der arabischen Schrift. Gilt doch bei manchen islamischen Völkern selbst der Perser als kein guter Moslem, weil er einen Löwen in seiner Fahne hat und hin und wieder auf Vorhängen die figürliche Darstellung liebt. Dieserhalb ist es interessant zu wissen, daß selbst in streng islamischen Ländern die Puppe nicht unbeachtet wird und sie z. B. in Arabien genau so heimatsberechtigt ist wie bei uns. Freilich ist man dort nicht auf die Einfuhr oder auf die Industrie angewiesen, nein, die Mutter, die Lante oder die Ältere Schwester verfertigt die Puppe aus Stoff, dem sie ein Holzgerüst unterlegen. Sie bemalen auch die Puppen und überdies schaut noch manche orientalische Mutter mit großem und letzten Endes berechtigtem Stolz auf eine selbst gebaute Puppenstube. Die Mädchen spielen gerne mit Puppen und wenn Puppenhochzeiten gefeiert werden, dann finden viele, viele Kinder der Nachbarschaft sich ein.

In letzter Zeit ist nicht nur bei uns, sondern in zahlreichen Ländern europäischer Kultur und sogar darüber hinaus, der Teddybär ein beliebtes Spielzeug geworden. Er hat bislang noch nicht seinen Eingang in den Orient gefunden. Fürs erste sind die Eingeborenen islamischer Länder viel zu arm, um ihren Kindern eingeführtes Spielzeug geben zu können und zweitens versperrt dort unserm Freund Böh das Kamel den Weg. Ist doch das Kamel aus Knochen mit Stoff bezogen das Spielzeug für Knaben und Mädchen.

Frägt man nun Araber: „Was spielen eure Kinder?“, so ist man doch wohl erstaunt darüber, wie international manches Kinderspiel ist. Erkennt man doch Drachenspiegeln und Seilspringen, das Brummkreisel und die Marmel. Unter dem Brummkreisel befestigen die Kinder des Orients einen ganz großen Nagel, der von ausschlaggebender Bedeutung bei den lustigen Drehungen ist. Und wenn ein in der Weltgeschichte sehr bekannt gewordener orientalischer Diplomat durch ruhige Straßen Berlins ging, auf denen Kinder es wagen durften zu spielen, so sah er sich immer die Brummkreisel an und hatte das Empfinden, daß er, obwohl in Amt und Würden, bestimmt viel besser Brummkreisel spielen konnte, als die europäischen Kinder. Natürlich spielt man im Orient Fangball, Schlagball, Fußball und die vielen sportlichen Veränderungen der Ballspiele. Desgleichen ist dort unser Blindenspieler unter dem Titel „Die schlecht sehende Mutter“ bekannt, während das Spiel Himmel und Hölle den gleichen Namen trägt. Ferner ist das Bodenspringen beliebt, wobei die sich bündelnden Kinder die Böcke sind und nach unseren Abzählspielen jauchzen und toben in Sand und Bluthige Kinder.

Unter den Nomaden, den jehhaften Viehzüchtern und den Uferbauern spielt das lebende Tier als Kinderspielzeug eine Rolle. Doch gibt es desgleichen der Moslem in der Stadt (die Muslimen leben, obwohl oft geographisch weit voneinander entfernt und staatlich scharf getrennt, in ganz fest geschlossenen Kulturkreisen), seinem Kinde gerne ein Bämmchen zum Spielen. Die Welt des Tieres und die Welt des Kindes ist einander nahe. Beide betrachten die Umwelt vom reinen Jähstandpunkt, beide sind unabgeschlossene Schwefen, darum will der Moslem aus dem Umgang mit dem Tier erschöpfen, was in der Seele seines Kindes steckt. Das Kind ist kein kleiner Erwachsener, das Kind ist eine zu leitende Seele, die in das große Gemeinschaftswesen des Islam hineinwachsen soll.

Für den Knaben spielt ferner die Filinte eine sehr bedeutende Rolle. Man gibt sie ihm, was von unserem Standpunkt aus einfach unbegreiflich ist, in die Hand, damit er die Sprachen im Garten toschelt. Das tut der Knabe selbstredend mit Freude, im Grund der Urautierinstinkte des Menschen. Wenn der Knabe aber unvorsichtig war und Nachbars Sohn anschoß, dann sagt man keineswegs, „Allah hat es zugelassen“, sondern der vorwichtige Schütze bekommt eine gehörige Tracht Prügel.

Japan, das Land des Örms. Wir bilden uns ein, der ferne Osten, das Land des Vächelns, sei eine Oase wunderbarer Ruhe und stiller Beschaulichkeit. Das mag vielleicht einmal gewesen sein, als man Japan noch das Land der Reisfeldrute zu nennen berechtigt war. Das moderne, industrialisierte Japan ist heute in Wahrheit eine Hölle des Örms. Dort ist es nicht allein die Straße, die den Värm verursacht, sondern das Uebel wird noch wesentlich dadurch verschärft, daß in japanischen Städten zwischen Wohn- und Fabrikvierteln kein Unterschied besteht. Mit Ausnahme der Geschäftshäuser modernen Stils, so schreibt der in der Millionenstadt Osaka, dem Hauptsitz der japanischen Textilindustrie, erscheinende „Mainichi“, „dienen die meisten Häuser dem Doppelzweck des Gewerbebetriebs und der Privatlebens. Dadurch aber wird die Lärmplage auf den Straßen und die der Maschinen in Fabriken und Werkstätten geradezu unerträglich. Man lebt ständig inmitten des größten Getöses. Nun ist aber das Ohr ein Organ, das des Selbstschutzes gegen unerwünschte Geräuscheinwirkungen entbehrt. Es ist deshalb unerfindlich, daß man nicht das geringste tut, um unser hilfloses Gehörorgan zu schützen.“

Zwanzig Millionen Blutkörperchen sterben in einer Sekunde. Wir können keinen Finger und kein Bein bewegen, können nicht sprechen, nicht lachen, denken oder sonst irgend etwas tun, ohne daß Tausende von ihnen umkommen.

Versehenkles Erbe

Frau Reimers ist jetzt 66 Jahre alt. Ihr Mann ist tot, Kinder hat sie nicht, und geküßelt hat sie ihr Leben lang. Nun ist sie müde; nun hat sie genug von den Schmerzen im Rücken, die immer stärker werden, von den 4 Treppen, die sie täglich laufen muß, vom Värm im Haus, auf der Straße. Sie hat keine Angst vorm Sterben; sie freut sich auf das Ausruhen. Ueber eins nur grübelt sie, macht sie sich Gedanken. Frau Reimers ist nicht etwa eine reiche Frau — wie soll das auch eine Proletarierfrau je werden können; aber sie hat sich doch nach der Inflation noch 500 Mark zusammengespart, und sie hat noch gute Wäsche, anständige Möbel und eine alte Borstennadel. Was wird aus den Sachen, wenn sie tot ist? Dann kommen die Reffen und Nichten, die sich nie um sie gekümmert haben, die ihr nie Liebe gezeigt haben, und wühlen alles durcheinander, streiten sich bei der Teilung um jedes einzelne Stück.

Wiel lieber hinterläßt sie den ganzen Kram ihrer Nachbarin, mit der sie schon über 20 Jahre friedlich zusammenhaust. Die hat sich um sie gekümmert, als sie krank war und nicht selbst einholen konnte; sie hat sie gepflegt, und in der Nacht, als sie aufwachte mit einem Schrei und einer schredlichen Angst, weil das Herz plötzlich so einen komischen Ruck gegeben hat, da ist die Frau Köfide aus das Stöckchen hin flink heringekommen, und als sie die Bescherung sah, da hat sie, mitten in der Nacht, sich auf den Weg gemacht und den Doktor geholt.

Das ist nun schon wieder bald vier Wochen her. Frau Reimers wollte ihrer Nachbarin damals gleich die Brosche schenken und eine Tischdecke, die immer noch ihren alten seidigen weißen Glanz hat, wie neu vom Labentisch. Aber es war doch schwer, sich von den guten Sachen zu trennen, und die gute Seele, die Köfide, hat's auch gleich weg geholt. — „Ach,“ hat sie gesagt, „lassen Sie man, Frau Reimers, lassen Sie man, ich weiß ja, wie das ist mit jenen alten Schätze; da kann man sich überhaupt nicht von trennen. Und wenn Sie überhaupt wollen, denn hat's auch nachher Zeit.“

Das hat der alten Reimers denn auch sehr gefallen. Warum

soll sie sich heute schon von den Sachen trennen, solange sie noch Freude daran hat; und lange wird's nicht mehr dauern; das merkt sie ganz genau, und dann kanns die Köfide, die kräftige Frau, noch lange genug haben.

Damit aber auch alles seine Richtigkeit hat, schreibt sie auf einen schönen Briefbogen: „Alle meine Sachen schenke ich meiner treuen Nachbarin Frau Köfide; nach meinem Tode soll sie sich alles nehmen. Ida Reimers, Berlin, den 6. April 1930.“

Frau Köfide nahm sich den Brief mit und freute sich sehr, denn brauchen konnte sie alles sehr gut. Als es dann so weit war, als man die Mutter Reimers draußen zur Ruhe gebracht hatte, da wollte nun Frau Köfide sich die Sachen nehmen, wie es nach dem Willen der Toten geschehen sollte.

Aber da hatten die beiden Frauen die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Denn nun kamen die Verwandten und sagten, sie seien die Erben. „Ja,“ sagte Frau Köfide, „das kann schon sein; aber es ist ja nichts da zu erben, denn die ganze Einrichtung und das Geld hat mir ja die Selige geschenkt.“ Und ruhig legte sie den Schenkungsbrief vor. Die lieben Angehörigen waren zuerst ganz starr. Aber einer war ein ganz kluger und sagte: „Da müssen wir erst einmal sehen, ob die Schenkung überhaupt gültig ist.“

Das war sie nun selber nicht, denn die beiden guten Frauen hatten nicht gemerkt, daß zur Gültigkeit eines Schenkungsversprechens die notarielle Beurkundung erforderlich ist, die hier fehlt. Nur wenn die Schenkung bereits vollzogen ist, wenn also Frau Reimers bereits zu Lebzeiten die Sachen fortgegeben hätte, dann wäre der „Mangel der Form wieder gehellt“ worden, wie es in der Juristensprache heißt.

Ist nun aber der arme Frau Köfide gar nicht zu ihrem Rechte zu verhelfen, das stärker ist als alle Formvorschriften?

Eine Möglichkeit gibt's: daß der Brief als Testament umgedeutet wird, das als privatschriftliches nicht der Beurkundung bedarf. Wenn er aber als privatschriftliches Testament gültig sein soll, so müssen folgende Vorschriften beachtet sein: Der Brief muß eigenhändig geschrieben, eigenhändig unterschrieben sein; er muß

Gewerkschaften als Wirtschaftsführer.

Starkes Bekenntnis des Gewerkschaftskongresses für die öffentliche Wirtschaft.

F. E. Frankfurt a. M., 2. September. (Eigenbericht.)

Auch am dritten Tage des Gewerkschaftskongresses sah das kapitalistische Wirtschaftssystem auf der Anklagebank. Dem Theoretiker Lederer folgte der Praktiker Brauer als Ankläger, der den Gegensatz zwischen der öffentlichen Wirtschaft und dem Interessentenhaufen aufzeigte. Die Gemeindefürsorge muß sich mit aller Macht dagegen wehren, daß sie durch Eingriffe in die Selbstverwaltung, durch fortgesetzte Abschließung der Arbeitslosen in die Wohlfahrtsfürsorge bei gleichzeitiger Sperrung langfristiger Kredite zum Weißbluten gebracht wird. Kann auch heute noch nicht die Rede sein von sozialistischer Wirtschaft in den Staats- und Gemeindebetrieben, so wird doch künftig mehr als bisher die Rede davon sein müssen. Am Schluß seines glänzenden, mit außerordentlichem Beifall aufgenommenen Referates sagte Genosse Brauer: Die Umwandlung ist kein fernes Zukunftsziel mehr, sondern ein sich täglich vollziehender Prozeß. Aus der schweren Krise ergibt sich der Schluß, daß sie die qualvollen Wehen einer neuen Zeit darstellt. In der Aussprache begrüßte Polenske-Berlin vom Gesamtverband, daß Brauer in dieser fast trostlosen Zeit doch einige Lichtblicke geben konnte. Die Lust und Liebe der Gemeindefürsorge zu ihrer Arbeit werde durch Notverordnungen gegen sie allerdings nicht erhöht. Genosse Scheffel, der Vorsitzende des Einheitsverbandes der Eisenbahner, unterzog die Reichsbahngesellschaft einer gründlichen Betrachtung. Dieser größte öffentliche Betrieb ist heute unabhängig von Reich und Regierung und dem Einfluß des Parlamentes entzogen. Anstatt der Privatisierung völlig ausgeliefert zu werden, müsse die Reichsbahn von den Einflüssen der großkapitalistischen Interessentenhaufen befreit werden.

In der Nachmittags Sitzung kam der Berliner Stadtverordneten-vorsteher, Genosse Haß, zum Wort, der die gründlichen Ausführungen Brauers temperamentvoll unterstützte. Der Gewerkschaftskongress sei durchaus legitimiert, sich mit der öffentlichen Wirtschaft zu befassen, denn der Kampf gegen sie richtet sich zugleich gegen die organisierte Arbeiterkraft. Erst seit wenigen Jahren hat die Arbeiterkraft Gelegenheit zur Mitarbeit in entscheidenden Positionen. Ist auch nicht alles geglückt, haben auch Personen versagt, die Sache ist vorwärtsgegangen. Bernhard, der Vorsitzende des Bauergewerksbundes, erwartete nach dem Vortrag Brauers, daß der Mut der öffentlichen Wirtschaft zur Weiterführung ihrer Betriebe gestärkt wird. Sie könne weg bahnen und durch ihre Aufträge ausgleichend wirken. Die Gemeinden tranken heute an den Sünden der Privatunternehmer, denen sie seit Jahrzehnten, besonders im Wohnungsbau, ausgeliefert wurden.

In seinem Schlußwort konnte Genosse Brauer die Zustimmung mit seinen Ausführungen feststellen. Auf alle Anregungen in der Diskussion ging er näher ein und kam zu dem Schluß, daß die sozialen und kulturellen Errungenschaften erhalten werden müssen, trotz mancher Notmaßnahmen für die nächsten sechs Monate.

Für die 40-Stunden-Woche.

Der Gewerkschaftskongress führte heute normiert die Aus-sprache über das Problem der 40-Stunden-Woche zu Ende.

Portsch-Hannover (Fabrikarbeiter-Verband) wies auf die Arbeitszeitverkürzungsexperimente in der Harburger Del-industrie hin, die sich glänzend bewährt, trotzdem aber keine Nachahmung gefunden haben. Er schilderte an Hand interessanter Ziffern den enormen Fortschritt der Rationalisierung vor allem in der Ziegelindustrie. Tausende von Ziegelfabrikanten könnten keine Beschäftigung mehr finden. Wohin mit diesen Arbeitern?

Prießel (Mafikerverband) begründete einen Antrag seines Ver-bandes auf Einführung der 40-Stunden-Woche und Beseitigung des Doppelverdieners- und Schwarzarbeitswesens. Die Einführung der technischen Mafik habe die Arbeitslosigkeit der Mafiker ungeheuer angeschwollen lassen.

Zimmer-Bochum (Bergarbeiter-Verband) fordert die Herstellung einer geschlossenen und einheitlichen Auffassung über die Durch-führung der Arbeitszeitverkürzung.

Meier-Berlin (Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verband) beleuchtet die Frage der Arbeitszeitverkürzung vom Standpunkt der landwirtschaftlichen Betriebe aus. Hier werde fortgesetzt noch bis zu 72 Stunden gearbeitet. Die Arbeitszeitverkürzungsverhandlungen im Braugewerbe hätten bereits einen gewissen Erfolg zu verzeichnen.

Für 30 000 Arbeitskräfte des Braugewerbes ist bereits die Fünf-Tage-Woche gesichert.

Sie müsse für die gesamte Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie restlos durchgesetzt werden.

Professor Lederer ging in seinem Schlußwort zunächst mit einigen Worten auf die Ausführungen des Delegierten Kraus-Stutt-gart ein, der in seinem Loblied auf Sowjetrußland für die Frage der Arbeitszeitverkürzung den „revolutionären Klassenkampf“ zur Lösung empfahl. Mit der Formel „Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung“ sind die Probleme der Arbeiterschaft in Gedanken natürlich leicht zu lösen. Sobald es aber an die prak-tische Durchführung und Gestaltung geht, kommt die Ent-täußung. Die Probleme der Vorkriegszeit sind durch den Krieg nicht gelöst worden. Und ebenso bringt der Bürgerkrieg keine Lösung sozialer Fragen. Krieg wie Bürgerkrieg, beide sind ein und die-selbe Katastrophenpolitik. Die Katastrophenpolitiker glauben immer an Wunder. Wunderglauben hilft uns keinen Schritt weiter.

Larnow hat die Frage angeschnitten, ob nicht eine Verände-rung des Kreditmechanismus uns retten könne. Schon während der Inflation wurden solche Gedanken geäußert. Wir können uns aber nicht aus dem allgemeinen Wirtschaftszustand der Welt herauslösen. Ein Rückgängigmachen des Preissturzes wäre nur international denkbar.

Ein entscheidender Anstoß zur Behebung der Kreditbeschaffung kann mit besserer Aussicht auf Erfolg auf politischem Felde unter-nommen werden. Die enge Berührung der Wirtschaft mit der Politik, von der wir am Dienstag gesprochen haben, zwingt dazu,

durch Reinigung der politischen Atmosphäre die Kreditflüsse zu überwinden.

Kurzfristige Kredite sind heute im Ausland für gute Gläu-biger fast unmöglich zu haben. Wenn das politische Risiko in Beg-keit kommen würde, dann würde das ohne Zweifel eine riesige

hilfe des Mangels an Kredit bedeuten. Die Öffentlichkeit muß zu-gleich dafür sorgen, daß eine neue Verschwendung indestinierten Ka-pitals nicht mehr möglich ist. Eine ausgedehnte Kreditkon-trolle ist deshalb ein dringendes Gebot.

Zur Frage der 40-Stunden-Woche erklärt Lederer in seinem Schlußwort noch einmal mit stärkstem Nachdruck:

Die 40-Stunden-Woche ist heute durchführbar.

Die Rentabilitätseinwände sind in der vom Bundesvorstand dem Kongress vorgelegten Sammelchrift über die 40-Stunden-Woche re-stlos widerlegt worden. Für den Unternehmer kann es nur darauf ankommen, daß die Arbeit ohne wesentliche Mehrkosten erledigt wird. Auf dem Weg, den die Gewerkschaften gewiesen haben, entstehen durch Arbeitszeitverkürzung keine wesentlichen Unkosten. Die Dürftigkeit der Argumente, die jetzt noch gegen die Arbeitszeit-Verkürzung ins Treffen geführt werden, ist geradezu auffallend. Sie sind durch die Praxis tausendfältig widerlegt.

Es ist ein Ausfluß höchster Solidarität der Arbeiter, wenn sie das Arbeitsvolumen unter die Gesamtheit der Arbeiter aufteilen wollen. Die Regierung aber steht dem Problem mit einer voll-ständigen Apatie gegenüber. Soll wirklich nur der Nachstandspunkt des Unternehmertums ausschlaggebend sein? Die breiteste Öffentlichkeit muß jetzt zu der von den Gewerkschaften aufgeworfenen Frage einer neuen Volksgemeinschaft zur Durchführung der 40-Stunden-Woche Stellung nehmen. (Starker Beifall.)

Der Antrag des Mafikerverbandes zur Eindämmung der Schwarzarbeit und der Doppelverdienerei wird dem Bundesvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Die Entschließung des Bundesvorstandes zur Wirtschaftskrise und der Frage der 40-Stunden-Woche wurde gegen eine Stimme unter starkem Beifall angenommen. Die Entschließung lautet:

„Die Weltwirtschaftskrise ist in ihrer Dauer und Schwere durch die Überlagerung zahlreicher Störungen verursacht. Das gewohnte Krisenmoment der kapitalistischen Wirtschaft, die Spannung zwischen Erzeugungsmöglichkeiten und Kaufkraft hat außergewöhnliche Aus-maße angenommen. Hinzugekommen ist eine Reihe von Sonder-ursachen, deren Wirkungen insbesondere Deutschland katastrophal getroffen haben. Die Entwicklung der Krise hat in eindringlicher Weise gezeigt, daß die politische Organisation der Welt nicht den für die Wirtschaft erforderlichen Grad erreicht hat.

Die Welt steht vor der Wahl, die politischen Spannungen durch eine aufrichtige Abgabe an den Krieg, das heißt durch allgemeine Abrüstung zu beseitigen und derart die notwendigen Vorbedin-gungen für eine Weltwirtschaft zu erfüllen, — oder auf den weltwirtschaftlichen Zusammenhalt zu verzichten und alle hier-aus sich ergebenden schlimmen Folgen zu tragen.

Der Kongress bekräftigt mit Nachdruck die Forderungen, die der Bundesvorstand und der Bundesausschuß des ADGB. in ihren wiederholten Rundgebungen zur Einleitung des Heilungsprozesses er-hoben haben. In der Erkenntnis, daß selbst bei günstiger Entwic-klung eine volle Ausnutzung des vorhandenen Produktionsapparates nicht sehr bald zu erwarten ist, betont der Kongress insbesondere die dringende Notwendigkeit, durch eine systematische Verkür-zung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Diese Maßnahme ist möglich, und aus sozialen und politischen Gründen unabweisbar.

Der Kongress beauftragt den Bundesvorstand, die Forderung nach der gesetzlichen allgemein 40stündigen Arbeitswoche weiter-hin mit größter Entschiedenheit zu vertreten.

Der Kongress verpflichtet alle Funktionäre der Gewerkschaften und die Gesamtheit der Mitglieder, sich mit allen Kräften für diese For-derung einzusetzen, um den nationalen Notstand der Erwerbslosig-keit zu lindern und die drohenden Arbeitskräfte wieder in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen.“

Öffentliche und private Wirtschaft.

Die Beratung des vierten Punktes der Tagesordnung wurde eingeleitet durch einen auf dem Kongress mit viel Interesse und starkem Beifall aufgenommenen Vortrag des Altonaer Oberbürger-meisters Genossen Brauer.

Seit den Tagen der Inflation erleben wir in Deutschland ein Reflektieren gegen die Gemeinden. Es geht um die öffentliche Wirtschaft. Der soziale, kulturelle und wirtschaftliche Fortschritt der Arbeiter in den Gemeinden infolge der Einführung

des allgemeinen Wahlrechts zu den Gemeindeparlamenten soll zu-nichte gemacht werden. Die gesamte Reaktion im Bunde mit dem früheren Präsidenten der Reichsbank Schacht bildet eine Front zur Zerschlagung der gemeindlichen Betriebe. Wir rufen daher in diesem Augenblick den Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Hilfe auf.

Es geht ums Ganze, um Sein oder Nichtsein der Gemein-wirtschaft.

Der private Betrieb hat in erster Linie den Vorteil seiner Aktionäre im Auge. Ihm ist ethisches Handeln unwirtschaftlich, wenn es die Dividende schmälert. Im Gegensatz zu diesem Profitstreben

erhält der öffentliche Betrieb seinen inneren Antrieb vom Dienst-willen für die Gesamtheit.

Angeht diese Sachlage kann die Führung großer Versorgungs-betriebe heute weniger denn je allein vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus erfolgen. Wo durch Zusammenschlüsse die günstigen Auswirkungen der freien Konkurrenz auf die Preisbildung und den technischen Fortschritt ausgeschaltet sind, müssen durch öffentliche Konkurrenzbetriebe die Preise beeinflusst werden. Die Mono-pole aber gehören in die Hand der öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Die Steigerung der Boden-werte im Reichsbild der Städte ist im wesentlichen das Ergebnis der kommunalen Entwicklung. Eine weitstehende kommunale Bodenvorratspolitik kann aber den Mehrwert gemeinnützig zur Geltung bringen. Die städtebaulichen Aufgaben sind unabhängig zu machen vom Spekulantentum. Der Privatbetrieb ist nie zur Anlage von Stromnetzen, Straßenbahnlinien und zum Straßenbau für städtische Randbezirke zu bewegen. Dagegen ist der öffentliche Betrieb zu Verlusten bereit, wenn er sich daraus Vorteile für die Bevölkerung verspricht. Vom kapitalistischen Standpunkt aus gesehen ist das allerdings eine „unwirtschaftliche“ Betätigung der öffentlichen Wirtschaft. Die kommunalen Betriebe sollen soziale Musterbetriebe sein.

Von rund 18 Millionen gewerblichen Arbeitnehmern werden etwa 2 1/2 Millionen in öffentlichen Betrieben beschäftigt.

Die öffentliche Hand ist aber nicht nur der größte Arbeitgeber in Deutschland, sie ist zugleich auch der größte Auftraggeber für die Privatwirtschaft. Die Aufträge der öffentlichen Hand an die Privatwirtschaft bewegten sich bis zu Beginn der schweren Krise im Jahresdurchschnitt von 8 bis 9 Milliarden Mark.

Besonders ernst war der Vorstoß der Industrie gegen die kom-munale Gasversorgung. Die deutschen Gemeinden stehen diesen Bestrebungen größtenteils ablehnend gegenüber. Die Gas-werke würden sich bei Stilllegung ihrer Produktion aller Möglich-keiten berauben, die ständigen Erfolge der Technik auf dem Ge-biete der Kohlenverfehlung nutzbringend zu verwerten.

Man wirft den Leitern öffentlicher Betriebe Mangel an Initiative vor, im selben Atemzug klagt man aber die Aus-führung der öffentlichen Wirtschaft heftig an. Ich glaube aber, daß

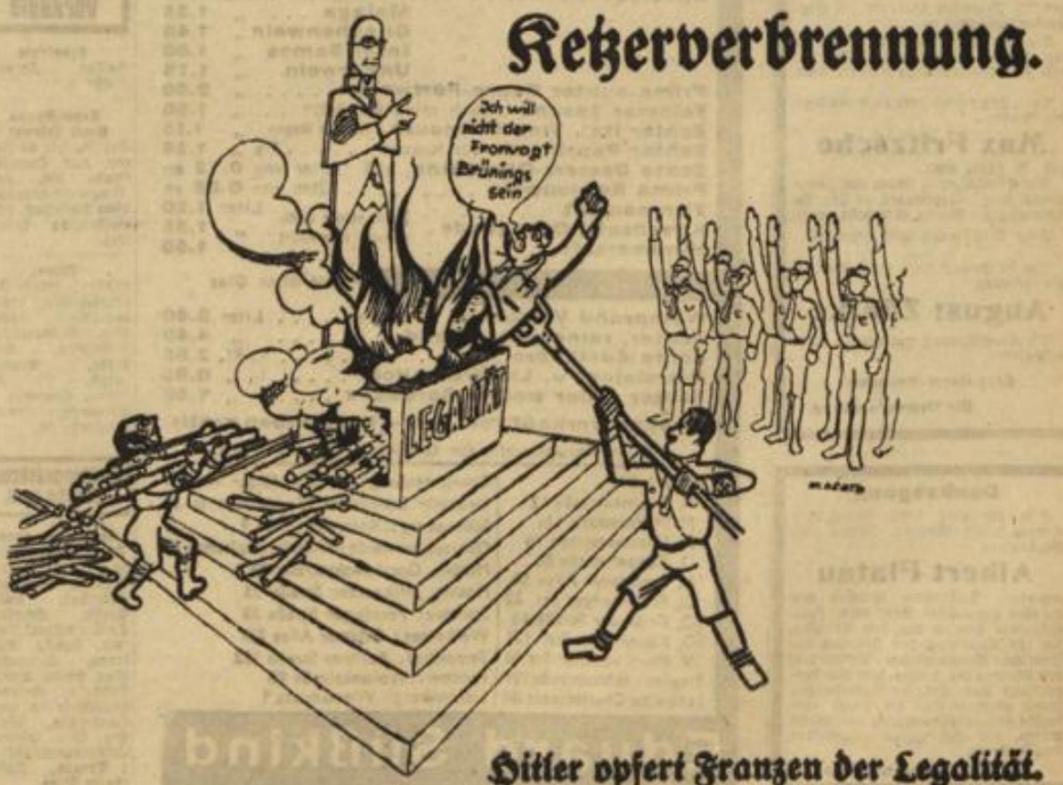
die Leiter öffentlicher Betriebe sich in ihrer Verantwortung stärker gebunden fühlen als die Privatunternehmer.

jumal die öffentlichen Betriebe ganz anders der Kritik ausgesetzt sind als die Privatbetriebe. Als besonderes Uebel der öffentlichen Unternehmungen wird müunter ihre Politifizierung bezeichnet; so-mohl die Verwaltungsräte als auch die Aufsichtsräte der Betriebs-gesellschaften seien nach politischen Gesichtspunkten zusammengesetzt. Das stimmt bis zu einem gewissen Grade. Aber die Privat-wirtschaft ist nicht weniger politisiert. Der einzige Unterschied ist aber: die Privatwirtschaft ist einseitig rechts-radikal politisiert, während die Stadtparlamente und die Auf-sichtsräte der öffentlichen Gesellschaften aus den verschiedensten Parteien zusammengesetzt sind.

Die Privatwirtschaft hat kein Recht, über die Produktivität und Unproduktivität öffentlicher Betriebe zu Gericht zu sitzen, da sie selbst ungeheure Produktionsverluste in ständigen Krisen, eine geringere Ausnutzung der vorhandenen Anlagen, Millionen Ar-beitslose, Produktionseinschränkungen durch Syndikate und künstliche Hochhaltung der Preise aufzuweisen hat.

Die Schwierigkeiten der öffentlichen Wirtschaft kommen nicht vom Regiebetrieb, sondern vom Wirtschaftssystem der Privatwirtschaft.

Billig abzulehnen ist die gemischtwirtschaftliche Betriebsform. Der gemischte Betrieb ist nichts anderes



Hitler opfert Franzen der Legalität.

